:antifaschistische nachrichten

Nr. 22

g 3336 31.10.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Heldengedenken“ in Wunsiedel

WUNSIEDEL. So genannte „Freie Nationalisten“ rufen für Samstag, den 16.November 2013, zu einem „Heldengedenken“ in Wunsiedel auf. In Wunsiedel, wo „das Grab von Rudolf Heß durch die Gutmenschenmafia geschändet wurde“, wolle man „auch dieses Jahr wieder unseren deutschen Soldaten, den Kriegs- und Vertreibungstoten und jenen Helden der nationalen Bewegung, die sich im Laufe der Geschichte für die Freiheit Deutschlands aufopferten“ gedenken, heißt es in dem Aufruf, der u.a. auf der Internetseite des „Freien Netz Süd“ veröffentlicht wurde. Beginnen soll der „Trauermarsch“ unter dem Motto: „Tot sind nur jene, die vergessen werden“ um 13 Uhr.

hma ■

Petry bei „Compact“

SACHSEN. Frauke Petry, eine der drei BundessprecherInnen der sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD), will an der „COMPACT-Konferenz für Souveränität“ am 23.11.2013 in Leipzig (*siehe AN 19-2013*) teilnehmen. Dies verkündete „COMPACT“-Chefredakteur Jürgen Elsässer am 15. Oktober auf seinem Internetblog. Erst kürzlich hatte Petry, zugleich Chefin der AfD in Sachsen, dem rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben. Elsässer selbst hatte am Tag der Bundestagswahl unter der Überschrift „Jetzt aber raus zum AfD wählen!“ auf seinem Internetblog alle dazu aufgerufen, der AfD die Zweitstimme zu geben, die Merkel und „die ganzen anderen Euro-Kraten richtig ärgern“ wollten.

hma ■

Unruhe nach Rücktritten

GROSSBRITANNIEN. Die überraschenden Rücktritte der beiden Vorsitzenden der „English Defence League“ (EDL), Kevin Carroll und Tommy Robinson (eigentlich Stephen Yaxley-Lennon), haben für Unruhe in der extremen Rechten in Großbritannien gesorgt. Die beiden Chefs der Islamhasser-Organisation hatten erklärt, dass sich in der EDL zu viele Neonazis befinden würden. Damit könnten sie sich nicht mehr identifizieren. Ex-EDL-Chef Robinson ging noch einen Schritt weiter.



Kundgebung gegen PRO NRW am 5.10.2013 in Bochum; Foto: K.R.

Es brennen wieder Flüchtlingsunterkünfte und „Roma-Häuser“

Fast täglich schlagen wir uns im Prozess (*„NSU-Prozess“ in München; Red.)* mit der Blindheit der Ermittlungsbehörden herum; heute (23.10.2013) wieder einmal mit einer Pressemitteilung der Kripo Rostock im Mordfall Turgut, bei der gegenüber türkischen Zeitungen bereits eine Woche nach der Tat mitgeteilt wurde, dass es keinen ausländerfeindlichen Hintergrund gäbe. Alle „Fehleraufarbeitung“ bleibt aber hohl, wenn bei neuen Anschlägen wieder weggesehen wird. Wir geben im folgenden eine e-mail wieder, die uns gestern erreicht hat:

Es brennen wieder Flüchtlingsunterkünfte und „Roma-Häuser“, in einer Dichte vergleichbar Anfang der 90er Jahre. Der öffentliche Aufschrei bleibt bisher weitgehend aus. Zeitgleich ertrinken an den Außengrenzen der EU fast täglich Menschen im Mittelmeer, während der Hamburger Senat eine harte Linie gegen die „Lampedusa-Flüchtlinge“ fährt. In verschiedenen Dörfen und Städten gibt es wöchentliche Aufmärsche gegen existierende oder geplante Unterkünfte. Mancherorts gelingt es den Nazis, gemeinsam mit „Wutbürgern“ zu agieren. Es wird Zeit, nicht länger wegzusehen. Wir alle wissen: Rassismus tötet. Werden wir endlich aktiv – gegen Rassismus und rechten Terror.

16.08.2013, Brandsatz auf Luckenwalder „Asylheim“ geworfen (Brandenburg):
16.09.2013, Brandanschlag auf zukünftige Flüchtlingsunterkunft in Premnitz (Brandenburg):
07.10.2013, Brandanschlag auf Asylbewerberheim in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern)
09.10.2013, Brandstiftung an von Roma-Familien bewohntem Haus in Duisburg-Hochheide (NRW):
17.10.2013, Brandstiftung auf Asylbewerberunterkunft in Gemünden am Main (Bayern):
19.10.2013, Brandanschlag auf Asylunterkunft in Wehr (Baden-Württemberg):
21.10.2013, Brandanschlag auf Sinti und Roma-Zentrum in Oldenburg (Niedersachsen)
(https://www.taz.de/Brandstiftung/!125974/)

Ergänzung: Für den 9. November, dem 75. Jahrestag der Reichs-Pogrom-Nacht, hat die Partei „Pro NRW“ eine Doppelkundgebung gegen „Armutseinwanderung“ und „Asylmissbrauch“ angemeldet – vor einem überwiegend von Roma und Sinti bewohnten Häuserblock in Duisburg-Bergheim sowie einem ehemaligen Hospital in Duisburg-Neumühl, in dem möglicherweise Asylsuchende untergebracht werden sollen, gegen deren Unterbringung sich bereits Anwohner_innen-Proteste formiert haben.

Eberhard Reinecke
http://www.blog-rechtsanwael.de/ ■

Aus dem Inhalt:

Er trat auf einer Veranstaltung der moslemischen Quilliam-Organisation auf, entschuldigte sich für seine früher verallgemeinernde Kritik am Islam und trat für ein friedliches Zusammenleben aller Kulturen ein. Der Chef von „Britain First", Paul Golding, unterstellte den Ex-EDL-Chefs Betrug an der EDL-Anhängerschaft und warf den beiden vor, sie hätten die Daten aller Mitglieder und Sympathisanten der EDL mitgenommen.

hma ■

„Der Dritte Weg" gegründet

HEIDELBERG/BAD DÜRKHEIM. In Heidelberg wurde am 28. September die Partei „Der Dritte Weg" gegründet. Etwa „über ein Dutzend Aktivisten aus dem ganzen Bundesgebiet" wählten einen Vorstand und verabschiedeten eine Satzung und ein 10-Punkte-Parteiprogramm. Dort tritt man in demagogischer Weise für „die Schaffung eines Deutschen Sozialismus", „die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betriebe der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe", die „Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft" sowie „die friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen" ein. Zur „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes" müsse „die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmissbrauch" umgehend gestoppt werden, heißt es in dem Programm. Die neue extrem rechte Partei, die über ein Postfach in Bad Dürkheim verfügt, kündigt auch kulturelle Betätigungen an und will „den Gemeinschaftsgeist innerhalb der Partei durch Sport- und Freizeitangebote vertiefen".

hma ■

Die Pfalz bleibt bunt: Schifferstadt wehrt sich gegen Rechte

Einige Hundert Menschen machten im pfälzischen Schifferstadt klar, dass Rechtsradikalismus in ihrer Stadt keinen Platz hat. Rechtsextreme hatten zu einem Protest gegen ein neues Heim für Asylsuchende aufgerufen. Dagegen wehrten sich die Schifferstädter zunächst mit einer Gegenveranstaltung, zu der die Bürgermeisterin und das Bündnis für Toleranz aufgerufen hatten.

Zum Ende der Veranstaltung rief Rüdiger Stein vom DGB auf, die Gegendemonstranten am Aufmarschort der Rechten zu unterstützen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen dorthin und zeigten mit Nazis-raus-Rufen und Trillerpfeifen den Rechten, dass die Pfalz so bunt bleibt wie derzeit die Blätter an den Weinreben.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2013" ■

Stadtrat verbietet Thor-Steinar-Kleidung

Meerane hat das Tragen der unter Rechtsextremen beliebten Modemarke im Rathaus verboten. Der Beschluss lässt aber Spielräume offen.

MEERANE. Die entscheidenden neuen Absätze in der Geschäftsordnung des Stadtrats klingen unspektakulär, bergen aber Zündstoff. Demnach werden Besucher des Meeraner Rathauses darauf verpflichtet, in einer Weise zu erscheinen, die der Würde des Hauses entsprechen soll. Mit einer fast wortgleichen Formulierung hat der Deutsche Bundestag bereits vor Jahren das Tragen von Thor-Steinar-Kleidung verboten.

Im Gespräch mit der „Freien Presse" bestätigte Bürgermeister Lothar Ungerer (parteilos), dass sich die vom Stadtrat beschlossene Geschäftsordnung insbesondere gegen die Marke Thor Steinar richte.

Personen, die entsprechende Kleidung tragen, können aufgefordert werden, sich umzuziehen. Ansonsten müssen sie das Gebäude verlassen. Das gilt vor allem für die Stadträte selbst. Ungerer präzisiert: „Sie sind Mitglied des Hauptorgans der Stadt und müssen deshalb die Würde des Hauses ganz besonders wahren."

Die Verschärfung der Kleiderordnung geht auf einen Disput zwischen Ungerer und NPD-Stadtrat Patrick Gentsch aus dem August zurück. Gentsch, der auch als Direktkandidat der NPD für den Bundestag kandidierte, war damals mit Thor-Steinar-Oberteil zu einer Stadtratssitzung erschienen.

Im Verlauf eines Streits wies Ungerer ihn darauf hin, dass Gentsch, sollte er gewählt werden, in dieser Kleidung den Bundestag nicht betreten dürfe. Nun also hat auch der Meeraner Stadtrat nachgezogen und dieselbe Regelung eingeführt. Patrick Gentsch lehnte den Antrag ab, wurde aber überstimmt.

Das Verbot könnte weitere Wellen schlagen. So blickt auch der Landkreis Zwickau interessiert nach Meerane. Die Geschäftsordnung für den Kreistag regelt bislang lediglich, dass die äußere Form der Sitzung würdig zu gestalten sei. Eine Kleiderordnung gibt es nicht – jedenfalls bis jetzt.

„Eine Überarbeitung der Geschäftsordnung ist denkbar", sagt Kreissprecherin Ilona Schilk. Patrick Gentsch, der auch für die NPD im Kreistag sitzt, war auch dort in der Vergangenheit mit entsprechenden Kleidungsstücken aufgetreten.

Schon vor Jahren hat der Verfassungsschutz in Brandenburg festgestellt, die Marke Thor Steinar sei mit ihrer Runenschrift und völkischen Symbolik zum „identitätsstiftenden Zeichen" der Neonazi-Szene geworden.

Neben dem Bundestag ist sie unter anderem im Landtag von Sachsen und dem von Mecklenburg-Vorpommern sowie in einigen Fußballstadien verboten.

Auszüge der neuen Regelung:

In Paragraf 4a der Geschäftsordnung des Meeraner Stadtrats heißt es wörtlich: „Personen, die die Ruhe und Ordnung im Hause stören oder nicht der Würde entsprechenden Weise erscheinen, haben nach Aufforderung sofort das Rathaus zu verlassen." Ferner sind Informationsmittel verboten, mit denen Einfluss auf politische Willensbildung genommen werden kann.

Auf denselben Wortlaut beruft sich der sächsische Landtag. Für ihn gilt das Tragen der Marke bereits als Bekundung politischen Willens. Nachdem die NPD-Fraktion 2012 geschlossen in Thor-Steinar-Kleidung aufgetreten war, wurde sie von einer Sitzung ausgeschlossen.

ael ■

Ineffektive Polizeistrukturen, viele Spitzel und noch mehr Erinnerungslücken

Zu den Ergebnissen der Blockwoche des Untersuchungsausschusses „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen" erklärt Kerstin Köditz, Obfrau der Linksfraktion in diesem Gremium:

Als Gesamteindruck der zehn Zeugenvernehmungen bleibt haften, dass es in Sachsen für Polizisten offenbar zumindest nicht karrierehinderlich ist, wenn man mit einem sehr schwachen Gedächtnis ausgestattet ist. Oft schien nicht nur „A" nicht gewusst zu haben, was „B" getan hat oder zu tun beabsichtigte, sondern „A" sagte sogar das Gegenteil von dem aus, was die feste Überzeugung von „B" war. Im Nachhinein erstaunt allerdings nicht, dass dieser Wirrwarr im Polizeialltag der Jahre um 2000 nicht auffiel, denn die Ineffektivität der damaligen sächsischen Polizeistruktur wurde immer deutlicher. Damit wurde zugleich die bisher wie ein Mantra von den sächsischen Verantwortlichen vorgetragene Behauptung widerlegt, die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und mit der Bundesebene sei wesentlich ursächlich für den Misserfolg bei der Fahndung.

Wichtige Ursachen dürften im Eigenleben des Geheimdienstes sowie in komplizierten Strukturen der Polizei liegen, die dazu führten, dass selbst innerhalb der Polizeidirektion Chemnitz Erkenntnisse nur mangelhaft weitergegeben wurden. So erfuhren zwar Beamte der sächsischen Soko Rex von der bundesweiten Fahndung nach dem untergetauchten Trio, wurden aber nicht in dieser Sache aktiv. Selbst der Chemnitzer Polizeipräsident Uwe Reißmann konnte sich nicht daran erinnern, jemals informiert worden zu sein.

Es gilt längst als gesicherte Erkenntnis, dass die neonazistische Organisation „Blood & Honour" die logistische Absicherung des Untertauchens des flüchtigen

Fortsetzung Seite 4

„Die AfD – eine neue rechtspopulistische Partei?“

Anmerkungen zur einer viel beachteten Studie



Die „Alternative für Deutschland“ –
eine neue rechtspopulistische Partei?
Materialien und Deutungen
zur vertiefenden Auseinandersetzung

Es ging breit durch die Medien: der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler hat im Auftrag der grünennahen Heinrich Böll-Stiftung eine Studie erstellt: „Die ‚Alternative für Deutschland‘ – eine neue rechtspopulistische Partei?“

Das Ergebnis der Untersuchung lautet, die AfD sei „eine Partei rechts von den Unionsparteien“ mit einer „belegebare(n) Tendenz zu rechtspopulistischer Ausrichtung“. Häusler nennt die „inhaltlich wie auch personell deutliche(n) politische(n) Anknüpfungspunkte der AfD an den ehemaligen Bund Freier Bürger (BFB)“ und ihren „Mitgliederzulauf aus dem rechten Parteirand“.

Was die politische Ausrichtung anbetrifft, bestünden „wohlstandschauvinistische, marktradikale wie zum Teil auch nationalistische und kulturalisierende Tendenzen innerhalb des die AfD umgebenden Protestmilieus“ sowie „einwanderungsfeindliche() Orientierungen“. Für AnhängerInnen der erfolglosen rechtsextremen Parteien stelle die AfD eine „erfolgversprechendere ‚Alternative‘ für politisches Engagement dar“, die AfD wird „als möglicher ‚Hoffnungsträger‘ einer parteipolitisch bislang immer noch erfolglosen nationalistischen Rechten angesehen“.

Häusler meint, dass für den Vorwurf der Rechtslastigkeit, der in der Öffentlichkeit gegen die AfD erhoben wird, „teilweise fragwürdige Kriterien zur Beurteilung herangezogen worden sind“, so bezüglich ihrer Euro-Skepsis (denn nicht jede EU-Kritik ist automatisch rechtspopulistisch) oder bei einer partiellen Gleichsetzung mit der NPD, die falsch sei. In der Tat machen JournalistInnen, die glauben, die AfD mit einem selbstgerechten Federstrich erledigen zu können, häufig den Eindruck, sich noch nie intensiver mit dem Thema beschäftigt zu haben. Ihr Wissen steht in diametralem Gegensatz zu ihren weitreichenden Anschuldigungen. Das schadet einer Kritik an der AfD, denn für die gibt es eigentlich genug gute Argumente.

Leider greift Häusler nur auf „offizielle Quellen“ – wissenschaftliche Beiträge und „seriöse Zeitungen“ – zurück. Sonst hätte er z.B. auch über den Landesverband Baden-Württemberg und den dortigen Einfluss Rechter einiges schreiben können, was AntifaschistInnen publik machten.

Dennoch trägt Häusler ein große Menge an Fakten zusammen, die deutlich machen, wie tief verwurzelt rechtes Gedankengut in der AfD ist, und dass es zahlreiche RassistInnen und RechtspopulistInnen in ihren Reihen gibt.

Kritik

Jedoch konzentriert sich die Studie zu sehr auf rechtsextremistische Umtriebe sowie einzelne Äußerungen führender ParteifunktionärInnen, dadurch gerät der rückwärtsgewandte, marktradikale und antisoziale Charakter der Partei etwas aus dem Blick.

Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen, insbesondere zur zentralen Argumentationsfigur der Partei – ihrer Euro-Kritik – fehlt nahezu alles. Ausgerechnet bei diesem Thema herrscht bei der AfD ein erstaunliches Wirrwarr vor: Noch vor zwei Jahren hatte Lucke eine Insolvenz Griechenlands bei gleichzeitiger kreditärer Unterstützung durch die EU bei einem „Neustart“ des Landes ins Gespräch gebracht. Damals sagte er, ein Euro-Austritt wäre nicht nötig. Heute gilt ihm jeder Cent aus dem „Rettungsschirm“ für Griechenland als verlorene Investition. Die Diskrepanz zwischen diesen Äußerungen wird von Lucke nirgends erläutert.

Der Verdacht liegt nahe, dass das populäre Euro-Bashing nur Mittel zum Zweck der Etablierung einer reaktionären Partei ist. Dafür spricht auch, dass sich – nach partei-inoffiziellen Berechnungen – die Kosten eines Euro-Ausstiegs der Südländer auf 1,5 bis 2 Billionen Euro belaufen – das kann kein ernstzunehmender Wirtschaftsprofessor anstreben. Nach außen hingegen wird den potentiellen WählerInnen suggeriert, mit einem Euro-Ausstieg spare Deutschland riesige Summen.

Die Abkunft führender ParteigründerInnen aus wertkonservativen Kreisen der CDU (Aktion Linkstrend stoppen, Berliner Kreis) wird nicht beleuchtet, obwohl die Vermutung nicht von der Hand zu weisen ist, dass dort Vorüberlegungen zu einer Parteigründung gemacht wurden.

Nicht erwähnt wird auch die Homosexuellenfeindlichkeit, die zum Ausdruck gebracht wurde, als der Berliner Landesverband es gewagt hatte, auf einem schwul-lesbischen Straßenfest Unterstützungsunterschriften für eine Kandidatur mit der Behauptung zu sammeln, man sei für eine Gleichstellung homosexueller Paare inklusive des Adoptionsrechts. Dem widersprach der Bundesvorstand: Dies passe nicht zum Wertekanon der AfD.

Da uns die AfD noch länger beschäftigen wird, ist die Frage, wie mit ihr umgegangen werden sollte, welche Kritik in den Vordergrund zu stellen wäre, bedeutsam. Dazu ist Häuslers Studie, trotz aller Kritik, ein wichtiger Beitrag. Sie ist insbesondere zu empfehlen, weil sie viele, sorgfältig recherchierte Fakten enthält.

F

Alexander Häusler: Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Unter Mitarbeit von Horst Teubert und Rainer Roeser, Heinrich-Böll-Stiftung NRW, September 2013, Download: http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf

Schnipsel zur programmatischen Entwicklung der AfD:

Nationale Identität

In einem Gastbeitrag für die Welt schreibt Alexander Gauland, Mitglied im AfD-Bundesvorstand, andere Länder hätten sich „immer ein Stück historische Identität bewahrt, die ihnen hilft, ihr seelisches Gleichgewicht als Nation zu finden. … Lange sah es so aus, als ob A. H. auch das noch gelungen wäre: Die Zerstörung einer deutschen Identität.“ Der Blick der Deutschen sei von der NS-Vergangenheit geprägt. Diese Sichtweise „hat uns trotz Wirtschaftskraft und demokratischer Aufbauleistung seelisch anfällig gemacht, immer bereit, unser schlechtes Gewissen mit Geld, einer alles umarmenden Freundlichkeit und Einschränkungen unserer Souveränität zu beruhigen. … Die gesamte Euro-Rettungspolitik ist der Versuch, entgegen allen Abmachungen und Verträgen unter dem Stichwort der Solidarität unser schlechtes Gewissen zum Zahlmeister Europas zu machen.“ (Welt, 20.10.13)

Trios organisierte. Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen allerdings, dies wurde deutlich, gab sein einschlägiges Wissen nicht an die Polizei weiter. Es liegt nahe, dass die Fahndung erleichtert worden wäre, wenn den Ermittlern dieses Wissen zur Verfügung gestanden hätte.

Vernommen wurden durch den Ausschuss auch zwei Beamte des Landeskriminalamtes Berlin. Dabei wurde deutlich, dass das LKA Berlin damals im fraglichen Bereich mindestens drei Spitzel in Sachsen geführt hat. Ein Zeuge war zwar nicht der Führer des NSU-Unterstützers und Blood & Honour-Kaders Thomas Starke, führte aber im Freistaat zwei andere Quellen im Bereich Neonazismus. Für mich bleibt die Frage offen, ob mittels der Spitzel anderer Landeskriminalämter die Anweisung an den polizeilichen Staatsschutz in Sachsen umgangen werden sollte, keine eigenen V-Leute in diesem Bereich zu führen. Keine Unterschiede waren zwischen den Polizeibeamten aus Sachsen und aus Berlin bezüglich des schwachen Gedächtnisses auszumachen.

25.10.2013 ■

Höchste Zeit, über Gewalt durch Polizisten zu sprechen!

Zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen zwei Polizeibeamte, die am 19. Februar 2011 beim Demonstrationsgeschehen unverhältnismäßige Gewalt angewendet haben sollen, erklärt die Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE, Kerstin Köditz:

In der letzten Plenarsitzung des Sächsischen Landtags wurde auf Antrag von CDU und FDP über Gewalt gegen Polizisten debattiert. Es ehrt die Regierungsfraktionen, dass ihnen die körperliche Unversehrtheit der Polizeibeamtinnen und -beamten am Herzen liegt. Durch mehrere Vorkommnisse der letzten Zeit wird allerdings deutlich, dass es ebenso notwendig ist, über Gewalt durch Polizeibeamte in eine öffentliche Debatte einzutreten.

Die Einstellung der Ermittlungen gegen zwei Polizisten, die, durch vorliegendes Videomaterial nachprüfbar, bei einer Festnahme ein erschreckendes Maß an Gewalt ausgeübt haben, unterstreicht, dass durch die Staatsanwaltschaften offenbar mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Festgenommene ist verurteilt worden, weil er Steine in Richtung Polizei geworfen hat. Eine tatsächliche Wirkung des Werfens war für den Schuldspruch nicht notwendig. Dass das „Mindestmaß an unmittelbarer Gewalt“, welches die Staatsanwaltschaft bei den polizeilichen „Rambos“ sieht, deutlich überschritten worden ist, kann jeder durch das Bildmaterial nachprüfen.

Ich stelle mit Bedauern fest, dass nur in sehr geringem Umfang beim Vorwurf der Gewalt durch Polizeibeamte die Ermittlungen überhaupt zu einem Verfahren führen. Die Zahl der diesbezüglichen Schuldsprüche ist verschwindend gering. Dabei mehren sich auch in Sachsen Fälle, bei denen Polizisten überzogen und teils ohne erkennbaren Grund erhebliche Gewalt anwenden. Ich verweise bei dieser Gelegenheit auf die skandalösen Übergriffe (www.myvideo.ch/watch/9263728) nach dem Fußballspiel zwischen Zwenkau 02 und der BSG Chemie Leipzig.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Einrichtung einer „Unabhängigen Polizei-Ombudsstelle“, wie von meiner Fraktion im Landtag gefordert, überfällig ist. Es dürfte nicht zuletzt im Interesse aller gesetzestreuen Polizeibeamtinnen und -beamten sein, dass sie nicht für das gesetzeswidrige Handeln einiger Schlägertypen in ihren Reihen in Mithaftung genommen werden.

Kerstin Köditz ■

Neonazis nehmen kein Blatt vorm Mund

Je länger der NSU-Prozess dauert, desto weniger nehmen Neonazis ein Blatt vor den Mund. Diesen Eindruck erwecken die neuesten Äußerungen auf der rechtsextremen Hetzseite http://altermedia-deutschland.info Ungeschminkt werden Hitler und der Nationalsozialismus verehrt, unverhohlen wird Antisemitismus betrieben, geradeheraus wird die Bundeskanzlerin als „Hochverräterin, Judenhure und Banksterbraut“ bezeichnet.

Der „Runde Tisch für Toleranz und Menschlichkeit“ (Gera) macht auf diese hetzenden und menschenverachtenden Äußerungen aufmerksam, die sich neu auf der Internetseite „Altermedia“ befinden. Wir nehmen es zum Anlass, wiederholt auf die Kampagne „Altermedia – die rechtsextreme Hassseite abschalten!“ hinzuweisen. Sie brauchen nur die folgende Internet-Adresse ansteuern, Ihre E-Mail-Adresse, Ihren Namen und Ihre Postleitzahl eintragen, und schon gehören auch Sie zu den Unterstützer_innen der Petition. Es haben bis heute 759 Personen „unterschrieben“. Wenn die Zahl 1000 erreicht ist, wird die Petitionsliste dem neuen Bundesinnenminister überreicht. Bitte unterstützen Sie unsere Petition auf folgender Internetseite:

https://secure.avaaz.org/de/petition/Antisemitismus_Hass_und_Gewalt_rechts extreme_Hassseite_abschalten/?launch

Quelle: www.netzwerk-südheide.de 15.10.2013 ■

Die Heide blüht lila und nicht braun.

Antirassistische Demonstration in Rheinhausen

Unter dem Aufruf des Duisburger Netzwerks gegen Rechts „Gegen Rassismus, geistige Brandstiftung und Ausgrenzung“ versammelten sich am Samstag etwa 250 Menschen um ein deutliches Zeichen für Gleichheit und Solidarität im Duisburger Stadtteil Rheinhausen zu setzen.

Der Aufruf wurde von zahlreichen Gruppierungen, wie u.a. See Red! Düsseldorf, der Karawane Wuppertal, VVN-BdA und Friedensforum Duisburg, Linksjugend Solid und Die Linke Duisburg unterstützt. Seit mehr als einem Jahr wird in Duisburg eine erbitterte Diskussion über die Situation der rumänischen und bulgarischen EU-Neuzuwanderer geführt. Durch CDU, SPD sowie der WAZ-Mediengruppe zeigt diese Auseinandersetzung immer wieder ihren rassistischen Charakter. Diese ebnete den Weg für eine pogromartige Stimmung in Teilen Duisburgs in den vergangenen Wochen. In engagierten Redebeiträgen und Parolen hat die Demonstration nicht nur dem Rassismus eine klare Absage erteilt sondern auch deutliche politische Forderungen formuliert:

„Wir fordern eine Umkehr in der offiziellen Integrationspolitik, die von Ausschluss und Diskriminierung geprägt ist. Wenn eine Integrationspolitik nicht grundsätzlich einfordert, dass die Lebens- und Arbeitsverhältnisse aufenthaltsberechtigter Zuwanderer an der Forderung nach Gleichheit und Akzeptanz orientiert werden müssen, wird immer wieder ein Rückfall in verschiedenste Spielarten von Rassismus die Folge sein.“, so Thomas Zmrzly, Sprecher des Duisburger Netzwerks gegen Rechts.

Mit Flugblättern und Parolen wie „Lichtenhagen ist nicht vergessen – Solidarität mit In den Peschen!“ und „Die Menschenwürde wird verletzt – Wenn Duisburg gegen Roma hetzt!“ zog die Demonstration durch die gesamte Rheinhausener Innenstadt bis kurz vor das von Rumänen und Bulgaren bewohnte Haus In den Peschen, welches in jüngster Vergangenheit immer wieder für die tendenziöse und in Teilen rassistische Medienberichterstattung herhalten musste und sogar schon schweren rechtsextremen Bedrohungen ausgesetzt war. Dort wurde der Demozug von einer Delegation der Bewohnerinnen und Bewohner begrüßt. Dabei überreichten die DemonstrantInnen den BewohnerInnen Blumen und empfingen sie mit der internationalen Romahymne „Djelem Djelem“, die in einer Neuauflage in einem Gemeinschaftskonzert im Rahmen des Kindertheaterprojekts „BAHTALO“ aufgenommen wurde. In ihrer Rede berichteten die AnwohnerInnen von den täglichen polizeilichen Schikanen und Vorurteilen und bedankten sich für die Solidarität.

Quelle: http://netzwerk-gegen-rechts.org 19.10.2013 ■

Tschechien: Rückhalt für rechtsnationale Arbeiterpartei schwindet im Norden

Für den 12. Oktober 2013 hatte die Delnická Strana sociální spravedlnosti (DSSS) zu zwei antiziganistischen Kundgebungen in Duchcov und Krupka aufgerufen. Zu diesen Aktionen war Tomáš Vandas, Vorsitzender der DSSS, persönlich gekommen. Sichtlich enttäuscht zeigte er sich darüber, dass nur etwa 20-30 Menschen dem Aufruf folgten.

Duchcov (Dux)

Um die Menschen vor Ort, gegen die sich der Hass der DSSS richtet, zu unterstützen, fand eine farbenfrohe Kundgebung im vorwiegend von Roma bewohnten Viertel statt. Neben einer Ansprache des örtlichen Pfarrers, informierte der Roma-Aktivisten Jozef Miker über die Situation in Dux. Er berichtete von überteuerten Mieten, die die Roma zahlen müssen und von vielen weiteren Ungerechtigkeiten.

Mit Sorge wird von Miker das Projekt „Sichere Straßen“ beobachtet. Anhänger der DSSS patroulieren in gelben Westen durch die Stadt. Nach Vorstellungen der Bürgermeisterin von Dux, Jitka Bartova, soll damit für Ordnung und Sicherheit gesorgt werden. Tatsächlich wird jedoch ein Klima der Angst erzeugt. Schon nach wenigen Tagen gibt es Berichte, dass durch diese Patrouillen Menschen schikaniert und bedroht werden.

Die antiziganistische Kundgebung dauerte 30 Minuten. Der Aufforderung zum nächsten Kundgebungsort, der nordböhmischen Stadt Krupka zu fahren, kam außer Vandas und seinen drei engsten Vertrauten niemand nach.

In **Krupka** fanden sich nicht mehr Teilnehmer als in Dux auf der von Vandas beworbenen Kundgebung.

Festzustellen ist, dass im Norden der tschechischen Republik die Aufrufe der DSSS meist ungehört verhallen. Der breite Zuspruch von Teilen der Gesellschaft, der noch vor zwei Jahren beobachtet wurde, bleibt zunehmend aus. Um scheinbar den eigenen Mitgliedern der DSSS wieder ein „Erlebnis“ zu bieten, sind für die nächsten Wochen antiziganistische Kundgebungen in Ostrava geplant. Kenner der rechten Szene befürchten dort tätliche Auseinandersetzungen, polnische Neonazis kündigen an die DSSS zu unterstützen.

Ramona Gehring und Jens Thöricht
Zuerst veröffentlicht auf: http://de.indymedia.org/2013/10/349349.shtml ■

20 Teilnehmer in Dux, Foto: Thöricht



Brandanschlag auf Kulturzentrum Freundeskreis für Sinti und Roma

Wie der ortsansässigen Presse zu entnehmen ist, wurde Sonntagnacht ein Brandanschlag auf das Kulturzentrum des Freundeskreises für Sinti und Roma „Maro Kher“ im Stadtteil Kreyenbrück verübt. Die Fußmatte an der Eingangstür ist vermutlich mit Hilfe eines Brandbeschleunigers angezündet worden.

Zwei Tage zuvor, in der Nacht von Freitag auf Samstag wurde das Kulturzentrum schon einmal angegriffen, diesmal jedoch mit Eiern, Mehl und Milch. Zudem hat einige Tage vor dem Angriff ein Mann Drohungen gegenüber dem Kulturzentrum geäußert und bekannte Neonazis wohnen in der Nähe.

Laut Polizeisprecher gibt es keinen Grund, auf einen politisch motivierten Hintergrund des Brandanschlages zu schließen. Der Freundeskreis für Sinti und Roma hingegen geht von einem rechtsextremistischen Anschlag aus.

Als Interkulturelle Arbeitsstelle sind wir am friedlichen und vielfältigen Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt interessiert und können es nicht hinnehmen, dass dieses durch solche Anschläge gestört wird.

IBIS e.V. verurteilt den Brandanschlag auf das Kulturzentrum des Freundeskreises für Sinti und Roma aufs schärfste. Oldenburg ist eine weltoffene Stadt, in der Toleranz gegenüber allen Kulturen, Religionen und Nationen gelebt wird.

Insbesondere nach den Erfahrungen der NSU-Morde und rechtsextremen Anfeindungen gegenüber anderen Organisationen in der Vergangenheit im Stadtteil Kreyenbrück überrascht es uns sehr, dass die Polizei einen rassistischen Hintergrund zum jetzigen Zeitpunkt deutlich verneint. Wir würden uns wünschen, dass der Brandanschlag unvoreingenommen untersucht und in alle denkbaren Richtungen ermittelt wird.

Dem Freundeskreis für Sinti und Roma gilt unsere Solidarität und Unterstützung.

Quelle: Stellungnahme IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V. 23.10.2013 ■



„Wir kommen mit nach München!“

Veranstaltung zu NSU-Prozess und Keupstraße am Freitag, 18.10.2013

Teestube „Sabahçı“ in der Keupstraße. Ein langer schmaler Saal, rechts drei, links drei Stühle, nach hinten mehr, dazwischen ein schmaler Gang für gerade mal eine Person. Vorn ein Podium und eine Leinwand. Wer rechts sitzt, sieht beides nur zur Hälfte. Stühle werden mit dem LKW gebracht. Ungeeignet für eine Veranstaltung mit über 120 Leuten? Vielleicht, aber wir konnten erleben, dass auch bei politischen Veranstaltungen improvisierte Räume eine besonders kreative Atmosphäre für gute Beiträge und praktische Konsequenzen schaffen können.

Eingeladen hatte eine bewährte Allianz von IG-Keupstraße und Dostluk Sineması. Nach der Begrüßung durch Mitat Özdemir von der IG-Keupstraße beschrieb Katharina König aus dem Thüringer Untersuchungsausschuss die von der Politik geschaffene Atmosphäre, in der sich die rechten Terrorgruppen entwickeln konnten und wie das Programm der „akzeptierenden Sozialarbeit“, Geld und V-Leute des VS ihnen dabei halfen ihre Netzwerke aufzubauen bis zum Entwicklungsprozess des NSU-Trios.

Die Rechtsanwälte der Nebenkläger in der Keupstraße, Alexander Hoffmann, Stephan Kuhn, auf dem Podium und Reinhard Schön und Bernhard Fresenius aus dem Saal, brachten ihre Eindrücke vom Prozessverlauf und erläuterten die möglichen Zielsetzungen, die mit ihrer Rolle als Vertreter der Nebenkläger verbunden werden.

Alexander Hoffmann machte deutlich, dass das Anliegen der Nebenkläger nach umfassender Aufklärung und Rehabilitation im gewissen Gegensatz zu dem Ziel des Strafprozesses steht, Zschäpe und die 5 Mitangeklagten der Täterschaft bei 10 Morden und zwei Sprengstoffanschlägen und mehreren Bankrauben zu überführen. Die Suche nach Hintermännern, Netzwerken, Verbindungen zu Verfassungsschutz und Behörden wird als nicht zum Strafverfahren gegen die 6 Täter gehörig abgelehnt.

Sie sind sich einig in der Verfolgung von drei Zielen:

➢ ein hohe Verurteilung der Angeklagten,

➢ Eine Aufklärung über das Umfeld der Täter und die Unterstützungsstrukturen vor Ort

➢ Eine Aufklärung über den strukturellen Rassismus des VS und der übrigen Ermittlungsbehörden

Stefan Kuhn berichtete über die üble Diskussion, das Verfahren zur Keupstaße abzutrennen. Das ist durch den großen öffentlichen Protest verhindert worden. Nach verschiedenen Anzeichen, wie Zeugenladungen usw. ist anzunehmen, dass der Keupstraßenanschlag Ende Januar 2014 verhandelt wird.

Schon früh kam von den Rechtsanwälten der Hinweis, dass ihre Strategie nur erfolgreich sein kann, wenn sie begleitet wird von gesellschaftlichen Aktivitäten – und dass dabei der Keupstraße eine besondere Bedeutung zukommt. Hier handelt es sich um einen Terroranschlag, bei dem möglichst viele Menschen in einer als Zentrum der Migranten bekannten Straße getötet oder verletzt werden sollten. Hier wird das Ziel der NSU und ihrer Bewegung besonders deutlich, das Zusammenwachsen der migrantischen und der einheimischen Gesellschaft zu verhindern – und hier besteht auch die größte Chance, das Gegenteil unter Beweis zu stellen.

Diese Anregung wurde von den Anwesenden diskutiert und aufgenommen und eine Liste mit Teilnehmer_innen für ein nächstes Treffen gemacht in das sich alle eintrugen, die daran mitwirken wollen und selber daran interessiert sind, Ende Januar mit den Betroffenen zu diesen Terminen nach München zu fahren. Wir wollen am Prozess teilnehmen und im und vor dem Gerichtssaal unsere Solidarität mit den Opfern deutlich machen und gemeinsam gegen Rassismus und Rassisten demonstrieren.

Wie Ayca Tolun, die WDR-Moderatorin des Abends betonte, bringen solche gemeinsamen und Solidaritätsaktionen der Presse geeignete Anlässe und Bilder, um darüber zu berichten und damit nicht zuletzt gegen Rassismus gerichtete Bestrebungen zu ermutigen.

Termin und Ort des nächsten Treffens, vermutlich in drei Wochen, werden bekannt gegeben.

pb ■

Worte gegen Rechts – „Ins Wort gefallen“

Der Verband Deutscher Schriftsteller lädt ein...

So, 10. November 2013 – 19 Uhr

Es lesen: Karl Fischer, Pilar Baumeister, Angelika Hensgen, Stefan Kuntz, Erasmus Schöfer, Ponitzka, N.N.

Moderation: Anne Jüssen

Allerweltshaus, Köln

Höhere Entschädigung für die Opfer – Eine politische Lösung muss her!

Am 10.10.2013 fand vor dem Verwaltungsgericht in Köln eine Verhandlung zur Höhe der Entschädigungsleistung der Opfer des Sprengstoffanschlages in der Keupstrasse statt. Bereits vor dem Verfahren berichtete der Kölner Stadtanzeiger, über der Prozess gab es eine umfangreiche Berichterstattung, z.B. im Stadtanzeiger oder auch bei Spiegel online. Jetzt liegen die schriftlichen Urteilsgründe vor, Noch haben wir nicht entschieden, ob dagegen Rechtsmittel eingelegt werden. Unabhängig davon ist damit allerdings vorgegeben, dass es einer politischen Regelung bedarf. Das Gericht führt in seinem Urteil aus:

„Bildet – wie hier – allein die aus Art. 3 Abs. 1 GG abgeleitete Willkürgrenze den gerichtlichen Prüfungsmaßstab, kommt es nicht darauf an, ob es zu der festgestellten Verwaltungspraxis Alternativen gibt, für die gute oder sogar bessere Gründe sprechen. ……

Dies gilt auch für die in der mündlichen Verhandlung erörterte Frage, ob die über Jahre hinweg unterbliebene Aufklärung des Anschlags und die Suche der möglichen Täter im Kreis der Opfer bei der Ermessensentscheidung zu Gunsten des Klägers hätte berücksichtigt werden müssen. …..Die Umstände, die möglicherweise zur verspäteten Aufklärung des Anschlags geführt haben, sind nicht mit den Fallgruppen vergleichbar, die die Beklagte nach ihrer Richtlinie und ihrer Verwaltungspraxis zum Anlass einer Soforthilfe genommen hat. Insoweit bedürfte es einer Entscheidung der Beklagten, ob und in welchem Umfang sie ihre Verwaltungspraxis ändert. Da es sich dabei um eine letztlich politische Entscheidung handelt, zu der die Beklagte aus Sicht der Kammer nicht verpflichtet werden kann, war die Klage abzuweisen.“

Diesen Aufruf zum politischen Handeln werden wir sicherlich befolgen.

Eberhard Reinecke

http://www.blog-rechtsanwael.de/ ■

National im Klassenzimmer

(Aber in Geschichte nix gelernt)

Der rechtsextreme Front National übt eine neue Attraktivität auch auf Berufsgruppen aus, die ihm bislang fernstanden. Am 12. Oktober wurde im Beisein von Parteichefin Marine Le Pen ein Lehrerinnen- und Lehrerkollektiv, das dem FN nahe steht, gegründet. Rassistische Auslassungen einer Kandidatin zu den Kommunalwahlen sorgen unterdessen für einen Skandal und trüben die Illusionen, welche mit der Strategie der vermeintlichen „Mäßigung allerorten" hervorgerufen wurden. Während ein frisch gewählter Parlamentarier der Partei einem Bericht zufolge als „Hitler-Verehrer" gelten kann...

Der letzte Eintrag auf der persönlichen Facebook-Seite der Kandidatin stammt vom 17. Oktober 2013. Es ist ein Hinweis auf eine TV-Sendung, die am Abend desselben Tages über die Bildschirme flimmern soll: In der Reihe Envoyé spécial des Fernsehsenders France 2 wird die Folge „Die neuen Gesichter des Front National" ausgestrahlt. 17 Personen drückten die „Like"-Taste.

Danach folgt, bis zum Redaktionsschluss dieses Artikels (27. Oktober d. J.), kein weiterer Eintrag. Die Kandidatin dürfte sich, am Abend des fraglichen Tages, in ihrem Sessel vor dem Fernseher nicht allzu wohl gefühlt haben. Denn im Laufe der Minuten wurde in der Sendung immer deutlicher, dass sie sich politisch um Kopf und Kragen geredet hatte [1]. Prompt kam am folgenden Tag der Skandal ins Rollen, und die Führung ihrer Partei – des Front National (FN) – „suspendierte" prompt ihre Kandidatur. Das bedeutet, dass ihre Bewerbung als Spitzenkandidatin des FN für das Rathaus von Rethel, im ostfranzösischen Ardennen-Département, „ausgesetzt" wurde. Nun soll eine Sitzung des Disziplinarausschusses der Partei (ihrer ‚Commission disciplinaire') einberufen werden, um über die weiteren Folgen zu beraten. Es wird um ihre Bewerbung, und könnte eventuell auch um ihre Mitgliedschaft gehen.

Worum ging es? Eine Reporterin des Fernsehsenders hielt der Geschäftsinhaberin Anne-Sophie Leclere, die in Rethel einen Laden für Angelbedarf besitzt und dort auf dem Listenplatz Eins ihrer Partei zu den Kommunalwahlen kandidierten sollte, eine Abbildung vor. Das Bild stammt von ihrer Facebook-Seite, wo eine befreundete Person es eingestellt hatte – und die Kandidatin, offenkundig köstlich amüsiert, es mehrere Tage lang stehen ließ, bevor sie es doch noch löschte. Es zeigt eine Fotomontage: In der linken Bildhälfte sieht man ein Affenbaby (mit Kleidchen und Schleifchen im Haar ausgestattet), in der rechten das Portrait der amtierenden Justizministerin Christiane Taubira. Taubira ist schwarz, Karibikfranzösin, kommt aus dem „Überseegebiet" Französisch-Guyana und wurde eine breiteren Öffentlichkeit erstmals 2001 durch den nach ihr benannten Gesetzesvorschlag – der angenommen wurde, und den Sklavenhandel symbolisch als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anerkennt – bekannt. Unter den beiden Fotos steht links: „Im Alter von 18 Monaten"; und rechts steht: „Heute".

In der gut eine Minute dauernden Bild- und Ton-Aufnahme, die in der Sendung ausgestrahlt wurde[2], versucht Leclere sich zunächst aus der Affäre zu ziehen. Nein nein, nicht doch, mit Rassismus habe dies gar nichts zu tun – nein nein, „ein Affe ist ein Tier und ein Schwarzer ist ein Mensch", versichert sie mit treuem Augenaufschlag. Und das Foto habe sie „nicht in Bezug auf Rassismus, auf Schwarze oder Graue oder was immer" eingestellt (der Begriff „Graue" ist ein altes rassistisches Schimpfwort für Araber, ungefähr wie der Begriff „Kanacken" im Deutschen). Und sie holt zur Erklärung aus: Nein nein, nicht etwa aus Rassismus habe sie das Foto auf ihrer Facebookseite stehen lassen. Sondern um zu zeigen, dass Taubira „eine Wilde" sei. Am Schluss versichert sie, diese „Wilde" sähe sie „lieber in einem Baum an den Ästen hängen als in der Regierung (sitzen)" [3]. Statt zu dementieren, hatte sie also die ganze Palette rassistischer Standardformulierungen aufgeboten.

Während Alt-Parteichef und „Ehrenpräsident" Jean-Marie Le Pen im Namen des FN versichere, die Auslassungen Lecleres zeugten „sicherlich von schlechtem Geschmack", aber seien doch „eine Bagatelle", ergriff die Parteispitze rapide Maßnahmen, um den drohenden Imageschaden abzuwenden. Generalsekretär Steeve Briois verkündete in einer Presseaussendung noch am 18. Oktober 2013, dass die Kandidatur Lecleres „suspendiert" sei. Die Dame hatte sich allerdings auch zuvor, vor Ausbruch des Skandals, schon mehrmals auffällig bei Facebook ausgetobt. In Beiträgen, die auf ihrer Seite veröffentlicht wurden, wurde etwa gegen Pläne (finsterer „Lobbygruppen") für einen systematischen „Bevölkerungsaustausch" – durch gezielte Förderung von Einwanderung – gewettert. Oder es wurde in warnender Absicht behauptet: „93 Prozent der Ausländer stimmten für François Hollande!" Dies war zwar leicht unlogisch, um nicht zu sagen: bezeichnend für ihre Intelligenz, denn natürlich haben Ausländer bei der französischen Präsidentschaftswahl kein Stimmrecht. Im Hinterkopf hatte die Seitenbesitzerin wohl eine Umfrage zur Präsidentschaftswahl von 2012, wonach in der Stichwahl 93 % der Muslime MIT französischer Staatsbürgerschaft (infolge moslemfeindlicher Kampagnen der regierenden Rechten) gegen Nicolas Sarkozy und also für Hollande votiert hatten. Die Assoziierung „Moslems – Ausländer" war jedoch nur zu typisch...

Notbremsung

Es ist nicht das erste Mal, dass die Parteiführung die Notbremse zieht, um ihre Bemühungen um die durch Marine Le Pen ausgerufene „Entdämonisierung" (dédiabolisation) nicht quasi im Handstreich zunichte machen zu lassen. Schon in den frühen 1970er Jahre hatte es dies in der Partei, damals frisch gegründet, gegeben; ein Parteifunktionär wurde damals etwa in einem internen Dokument wegen „Nazi-Neigungen – im schlechten Sinne –, da nur an Gewalt ohne echte politische Ziele interessiert" (sic) gerügt und zurückgestellt. Dieses Bemühen um Eindämmung von unkontrollierten und die Reputation schädigenden Regungen prägte auch die Aktivität der Parteispitze in jüngerer Zeit.

Am 3. September 2013 nun forderte Generalsekretär Steeve Briois in einem Rundschreiben an alle Bezirkssekretäre des FN dieselben auf, „unverzüglich den Inhalt von Facebook-Seiten, von Twitterkonten und Blogs der Kandidaten Ihres Bezirksverbands zu kontrollieren oder von einer Person Ihres Vertrauens kontrollieren zu lassen." [4] Offenbar schwante ihm Übles. Das Absuchen aller öffentlich zugänglichen Quellen sollte verhindern helfen, was dem FN damals soeben widerfuhr: Bereits zu dem Zeitpunkt musste ein Kandidat wegen allzu auffälliger Inhalte bei Facebook „suspendiert" werden. François Chatelain, Bewerber zu den Kommunalwahlen im Raum Lille, hatte Ende August d. J. dort die Abbildung einer brennende Israelfahne, und in verschiedenen Beiträgen eine angebliche jüdische Dominanz in französischer Politik und Medien angeprangert [5]. Darauf machte am 3. September ein Kandidat der konservativen UMP Marine Le Pen aufmerksam. Am 4. September 2013 wurde Chatelains Kandidatur „suspendiert".

Brignoles

Auch mit anderen Mitteln versucht die rechtsextreme Partei einer unliebsamen Berichterstattung durch Vorsichtsmaßnahmen vorzubeugen. Etwa, indem ihre

Führung örtlichen Kandidat-inn-en und Funktionär-inn-en verbot, mit Journalistinnen und Journalisten der Sendereihe Le petit journal des privaten TV-Senders Canal + zu sprechen. Diese Erfahrung musste die Reporterin Sahlia Brakhlia machen, die am 8. Oktober d.J. extra ins südfranzösische Brignoles gereist war, um mit örtlichen Mandatsträgern des FN zu sprechen. Soeben hatte die rechtsextreme Partei dort – am Sonntag, den 06. Oktober – einen erheblichen Wahlerfolg im ersten Durchgang der Bezirksparlamentswahl eingefahren (*vgl. vorige Ausgabe der AN)*. Und ihr Kandidat Laurenz Lopez war gut platziert, um die Stichwahl am darauffolgenden Sonntag zu gewinnen. Allein, er weigerte sich, mit der Journalistin zu sprechen: „Anordnung von oben!"... [6]

Übrigens, noch zum Ergebnis der Stichwahl vom Sonntag, den 13. Oktober d.J.: Als bislang einziger, unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts gewählter Bezirksverordneter des Front National konnte Laurent Lopez in den Conseil général (das Bezirksparlament) in Toulon einziehen. Unter anderem deswegen hatte diese Wahl, die ansonsten eher lokale Bedeutung besessen hätte, einen hohen Symbolwert – Bezirksparlamente werden nach dem Mehrheits-, Regionalparlamente sowie Stadträte jedoch nach dem Verhältniswahlrecht besetzt.

Lopez setzte sich mit 53,91 Prozent der abgegebenen Stimmen klar gegen die UMP-Bewerberin Catherine Delzers durch. Oder in absoluten Zahlen: Der FN-Mann erhielt 5031 Stimmen, die konservative Kandidatin 4301. Auch die UMP-Bewerberin hatte mit, nun ja, zweifelhaften Argumenten um Wähler/innen zu werben versucht. So hatte sie als Argument gegen den (von der Regionalparlamentsfraktion des FN aus Marseille abgeordnerten) Laurent Lopez vorgetragen, „nur ein/e Einheimische/r" könne die Bedürfnisse der Menschen vor Ort aufgreifen, Lopez sei jedoch ein Auswärtiger... Die „Links"parteien, mit oder ohne Anführungszeichen, waren nach dem ersten Wahlgang ausgeschieden, riefen jedoch mehrheitlich zur Wahl der UMP-Kandidatin auf, um den FN zu stoppen. Was nicht auf einhellige Zustimmung stieß; Linkspartei-Chef Jean-Luc Mélenchon gab etwa zu erkennen, für ihn gebe es in Brignoles keine annehmbare Wahl, sondern nur „Pest oder Cholera" [7] – während er allerdings 2012 noch ganz auf die Karte „Alle Kräfte strikt gegen den FN" gesetzt hatte.

Zwischen den beiden Durchgängen der Wahl in Brignoles, am 6. und am 13. Oktober, stieg die Stimmbeteiligung erheblich an. Im ersten Wahlgang betrug sie 33,4% und in der Stichwahl dann 45,26% [8] . Dies bedeutet jedoch, dass der FN auch Nichtwähler/innen oder aber Wähler/innen anderer Parteien aus dem ersten Durchgang für sich mobilisieren konnte. Im ersten Wahlgang erhielt sein Kandidat 40,4 %; ein anderer rechtsextremer Bewerber vereinigte 9,1 % auf seinen Namen, rief dann jedoch (aus Rache an seiner früheren Partei, weil der FN ihm die abermalige Kandidatur verweigert hatte) zur Wahl der UMP-Bewerberin auf.

Unterdessen behauptet Omar Djellil, eine schillernde Figur – ein französischer Moslem aus Marseille mit ehemaligen Kontakten zur ehemaligen Rechten, deren Kader er auf eine „pro-islamische" Linie zu bringen versuchte -, Laurent Lopez sei „ein Hitler-Verehrer". In Gesprächen mit Omar Djellil, der ihn im Jahr 2010 im Marseiller Bezirksparlament kennenlernte, soll Lopez diesen mit dem Mufti von Jerusalem während des Zweiten Weltkriegs, einem notorischen Nazi-Kollaborateur, verglichen haben. Auf diese Weise habe er bewundernd Omar Djellils mögliche Rolle für die extreme Rechte unterstrichen. Der FN-Politiker Lopez seinerseits reagierte mit einem energischen Dementi auf diese Behauptungen.

Nun ist Omar Djellil eine mindestens zwielichtige Figur. Im Jahr 2011 unterhielt er zunächst rege Kontakte zum FN[9]. Gleichzeitig knüpfte er engere Verbindungen zum Netzwerk um den, auf vordergründig „pro-moslemische" Demagogie spezialisierten, antisemitischen Schriftsteller Alain Soral. Dessen Gruppe Egalité & Réconciliation (E&R) veröffentlichte aber Ende 2011 heftige öffentliche Kritiken gegen den „überzeugungslosen Opportunisten"[10], welcher auch zu Sozialdemokraten und Konservative Kontakte unterhalte... Aber noch im September 2013 war er anlässlich der Sommeruniversität der Parteijugend FNJ als „Ehrengast des Ehrenpräsidenten der Partei, Jean-Marie Le Pen" anwesend. Bis es beinahe zu Handgreiflichkeiten kam. Und bis der für seine, nun ja, „Gewaltlosigkeit" bekannte FNJ-Chef Julien Rochedy ihm laut eigenen Worten „auf die Fresse (zu) hauen" versuchte und nur durch den Ordnerdienst der Partei davon abgebracht werden konnte[11]... Omar Djellil behauptet von sich selbst, ein Freund von Jean-Marie Le Pen zu sein, aber „keine einzige Idee" von dessen Tochter Marine zu teilen. Ursächlich dafür ist, dass Marine Le Pen eine wesentlich stärker auf den „Hauptfeind Islam" ausgerichtete Linie einschlug als ihr Vater. (Welcher mehrfach, unter anderem 1998, aktive Kontakte zum iranischen Regime unterhielt und deswegen auch von stärker pro-westlich ausgerichteten Fraktionen der europäischen Rechten attackiert wurde.)

Kurz, es ist nicht auszuschließen, dass Omar Djellil in erster Linie einen Fall für die Psychiaterin bildet, oder aus sonstigen Gründen lügt wie gedruckt. Allerdings gibt es ein dickes Aber: Der sicherlich kaum um eine Provokation verlegene Herr legte auch zumindest einen Beweis für seine Behauptungen vor. Es handelt sich um eine ausgedruckte E-Mail, die Laurent Lopez an ihn sandte. Darin ist zu lesen: „Omar, Du bist intelligent. Du kannst selbst urteilen. Seit Jahrzehnten arbeiten Viele daran, Hass zwischen den ‚Franzosen vom Herzen her' zu säen. (*Anm. AN: Diese Formulierung soll die angeblich zu unterscheidenden Abstammungs- und fremdstämmigen Franzosen gleichermaßen einschließen.*) Diese Leute, die ‚nicht existieren', aber die die Medien und die Finanz kontrollieren. (Absatz) Ein Mann, den zu zitieren mir an dieser Stelle der Anstand verbietet, sprach oft von der Vorsehung. Ich glaube, dass unser Zusammentreffen zu den Werken dieser Vorsehung gehört." Nun ist ziemlich durchsichtig, dass es sich bei den „Leuten (...), die Medien und Finanzwelt kontrolliert", im Geiste eines Rechtsextremen nur um Juden handeln kann. Was den Mann, den man angeblich nicht nennen darf, betrifft, so behaupten jedenfalls einige Stimmen, es handele sich um Adolf Hitler – der tatsächlich immer wieder gern die „Vorsehung" im Munde geführt habe [12].

Nun kann es – jenseits der Tatsache, dass Omar Djellil, von dem die Behauptungen stammen, eine extrem zweifelhafte Gestalt ist – durchaus gut möglich sein, dass er in dem Falle die Wahrheit sagt. Der 48jährige Laurent Lopez ist seit nunmehr dreißig Jahren beim Front National aktiv – also auch zu Zeiten, lange bevor Marine Le Pen eine „Entdiabolisierung" der Partei einleiten wollte. Und zu Zeiten, in denen ihr Vater JMLP antisemitische Kalauer wie den berüchtigten Spruch ‚Durafour-crématoire' von 1988 (Durafour war der Name eines jüdischstämmigen Ministers, und four-crématoire bedeutet „Verbrennungsofen") absonderte. Und Geschmeidigkeit im örtlichen Auftreten als Lokalpolitiker schließt nicht unbedingt Hardliner-„Überzeugungen" im eigenen Kopf aus. Im Jahr 1995 wurde der ebenfalls langjährige FN-Aktivist Daniel Simonpieri, Parteimitglied seit 1974, zum Bürgermeister der Marseiller Trabantenstadt Marignane gewählt. 2001 wählte die örtliche Bevölkerung wieder, in den darauffolgenden Jahren kehrte er dann allerdings der in der Krise steckenden extremen Rechten den Rücken und näherte sich an die UMP an. Als Simonpieri 1995 frisch gewählt worden war, erzählten frühere Handballkollegen des Herrn, er habe in jungen Jahren einen Hakenkreuz-Anhänger um den Hals getragen. (Die Behauptung ist nicht gerichtsfest bewiesen, war allerdings in einer größeren Zeitung nachzulesen, die deswegen nie verurteilt wurde [13].)

Pauker für Le Pen

Wie bereits in der vorigen Ausgabe der AN ausgeführt, vermag der FN es trotz alledem, derzeit eine erhebliche Anziehungskraft auf ihm bis dahin fernstehende gesellschaftliche Gruppen zu entwi-

1500 Menschen in Rostock

Kraftvolle „Refugees welcome!"-Demo

Durch die gesamte Rostocker Innenstadt zogen heute (19.10.) bis zu 1500 Menschen, um für mehr Solidarität mit Geflüchteten und eine Ende der rassistischen Asylpolitik Deutschlands zu demonstrieren. Auch viele Flüchtlinge waren aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, Norddeutschland und Berlin angereist. Bei kühlem, aber trockenem Wetter zog der laute und kraftvolle Zug unter anderem durch die Haupteinkaufsmeile – es war die seit dem G8-Gipfel 2007 größte Demonstration in der Innenstadt. In Redebeiträgen sowohl von antirassistischen Gruppen, als auch von Flüchtlingsaktivisten wurde immer wieder auf die rassistischen Dimensionen der deutschen Asylpolitik und ihrer Akteure eingegangen. So wurde vor der örtlichen SPD-Zentrale ein Redebeitrag gehalten, der auf die Rolle der Partei bei der Quasi-Abschaffung des Asylrechts 1992 und die aktuelle, skandalöse Politik des SPD-Senats gegenüber den Lampedusa-Flüchtlingen in Hamburg aufmerksam machte. Auch auf dem Neuen Markt, in dessen Nähe sich die Ausländerbehörde befindet, wurde auf die rassistische Praxis in den Amtsstuben und die Rolle der Polizei bei ihrer Durchsetzung hingewiesen.

Quelle: http://kombinat-fortschritt.com 19.10.2013 ■

Fortsetzung nächste Seite

ckeln. Unterdessen ergab eine Umfrage für den Sender BFM TV am 17. Oktober 2013, Marine Le Pen werde durch die Befragten als „beste Opponentin (Herausforderin) gegen François Hollande" betrachtet. 46 Prozent der befragten 957 Französinnen und Franzosen nennen dabei die FN-Chefin als glaubwürdigste Oppositionspolitikerin. In weitem Abstand dahinter folgen ihr die beiden Konservativen François Fillon und Jean-François Copé mit 18 % respektive 13 %, sowie der Linkspolitiker Mélenchon mit ebenfalls 13 % [14].

Zu den Gruppen, die man beim Front National bislang eher nicht erwarten würde, zählen auch die Lehrerinnen und Lehrer. Bis vor kurzem schien die rechtsextreme Partei unter ihnen kaum oder gar nicht vertreten zu sein, auch wenn in den letzten drei bis vier Jahren eine rechte Internetpublikation unter dem Namen Riposte Laïque (ungefähr: „Die Laizisten schlagen zurück") unter den Lehrkräften mancherorts einen gewissen Einfluss zu gewinnen begann. Diese ursprünglich von ehemaligen Linken und Möchte-Gern-Jakobinern gegründete Publikation agitiert und hetzt unter dem Deckmäntelchen der Religionskritik ausschließlich gegen Muslime. Anfänglich erhob sie einen „überparteilichen" Anspruch, doch seit 2010 unterstützt die Publikation offen Marine Le Pen. Im laufenden Jahr radikalisierte sie sich noch weiter und rief, nach dem gewaltsamen Tod des jungen Antifaschisten Clément Méric im Juni 2013 sowie abermals am 14. September 2013, zusammen mit Anhängern gewalttätiger Gruppierungen wie der inzwischen verbotenen Vereinigung Troisième Voie zu Anti-Antifa-Demonstrationen auf.

Die Lehrerschaft wahrt seit der Zeit, als Jean-Marie Le Pen – der Vater der jetzigen Vorsitzenden – den FN anführte, erhebliche Distanz zu der rechtsextremen Partei. Unter dem alten Vorsitzenden forderte der FN etwa eine Förderung katholischer Privatschulen, ja faktisch ihre Bevorzugung gegenüber dem kostenlosen öffentlichen Bildungswesen – im Namen der „freien Schulwahl" sollte die Förderung durch die öffentliche Hand auch dem zahlungspflichtigen konfessionellen Schul(un)wesen zugute kommen. Denn die Eltern sollten über einen aus Steuermitteln finanzierten „Bildungsscheck" verfügen, den auch die Privatschulen einkassieren könnten. Dies kam beim Lehrkörper im öffentlichen Schulwesen, gelinde ausgedrückt, nicht gut an. Doch unter Marine Le Pen hat der FN einen Positionswechsel vollzogen: Während er auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet seit einigen Jahren eher protektionistische und etatistische Positionen stark macht – allerdings gleichzeitig vor allem kleinere und mittlere Privatunternehmen verherrlicht -, übertrug er diese Wende weg vom ungetrübten Wirtschaftsliberalismus auch auf seine Positionen zur Schulpolitik. Nunmehr gibt die extreme Rechte sich als Unterstützerin des öffentlichen Schulwesens. Allerdings will sie verstärkt vermeintliche Tugenden wie „Disziplin", Ordnung, strenge Auswahl nach Noten darin verankert wissen und das collège unique – das als Gesamtschule funktionierende Mittelschulwesen – zugunsten getrennter Schulzweige wie in vielen deutschen Bundesländern abschaffen. Und natürlich soll das Programm etwa im Geschichtsunterricht im nationalen Sinne umgekrempelt werden. Auf Sportunterricht soll Wert gelegt werden: mens sana in corpo sano.

Dadurch konnte die Partei nunmehr auch einige Lehrkräfte anwerben, die sich offen zum FN bekennen, was historisch neu ist. Am Samstag, den 12. Oktober 13 gründete sich in Paris, in Anwesenheit von Parteichefin Marine Le Pen – eine Gegendemonstration wurde verboten -, das „Kollektiv Racine". Es beansprucht, etwa 90 Mitglieder aus der Lehrerschaft zu haben. Sein Name ist doppeldeutig: Einerseits bezieht er sich auf den französischen klassischen Autor aus dem 17. Jahrhundert, Jean Racine (im deutschen und englischen Sprachraum liest man fälschlich auch „Jean-Baptiste Racine", aber so hieß sein früh verstorbener Sohn). Andererseits bedeutet la racine übersetzt „die Wurzel", bezeichnet also einen der extremen Rechten in Bezug auf Nation und Kultur hochheiligen Wert.

Die Köpfe der neuen Vereinigung, allen voran die Schuldirektorin Valérie Laupis, unterstützen oft vor zehn Jahren noch den nationalistischen und als „EU-Kritiker" profilierten Ex-Sozialdemokraten Jean-Pierre Chevènement, Innenminister in den Jahren 1997 bis 2000. Auch Chevènement, der in den achtziger Jahren auch Bildungsminister war, berief sich gern auf eine autoritäre Konzeption des Bildungswesens, in der Laizismus und säkularer „Bürgersinn" mit dem Aufoktroyieren eines verbindlichen republikanischen Wertekanons einhergehen.

1 Vgl. etwa: http://www.gentside.com/front-national/envoye-special-la-candidate-fn-anne-sophie-leclere-compare-christiane-taubira-a-un-singe_art 55575.html

2 Vgl. http://www.youtube.com/watch?v=ff 3RiWj3AF0

3 Vgl. auch bspw. www.linternaute.com/actualite/politique/anne-sophie-leclere-une-candidate-fn-qui-compare-taubira-a-un-singe-suspendue-1013.shtml

4 Vgl. http://leplus.nouvelobs.com/contribution/933570-note-interne-du-fn-apres-une-exclusion-le-parti-de-le-pen-veut-eviter-tout-derapage.html

5 Vgl. http://tempsreel.nouvelobs.com/vu-sur-le-web/20130903.OBS5294/municipales-quand-un-candidat-fn-derape-sur-facebook.html

6 Vgl. http://www.gentside.com/le-petit-journal/le-front-national-donne-la-consigne-de-boycotter-le-petit-journal_art55282.html

7 Vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/politique/cantonale-de-brignoles-pour-melenchon-ump-et-fn-sont-comme-la-peste-ou-le-cholera_1288658.html

8 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/10/13/le-canton-de-brignoles-dans-le-var-choisit-entre-l-ump-et-le-fn_3494892 _823448.html

9 Vgl. http://www.rue89.com/2011/05/21/ a-marseille-un-militant-musulman-flirte-avec-le-fn-203137

10 Vgl. dazu den Eintrag auf der Webseite von E&R, vom 14.11.2011: " Omar s'est ‚tuer' „

11 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/front-national-louis-aliot-a-t-il-commandite-une-agression-21-09-2013-1733702_20.php

12 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/laurent-lopez-adorateur-d-hitler-16-10-2013-1744729 _20.php

13 Vgl. http://www.liberation.fr/france/1995/06/26/marignane-manifestations-opposees-pendant-l-election-du-maire-fn-ses-supporters-et-ses-opposants-se-_137475
und http://www.liberation.fr/france/1996/06/13/il-y-a-un-an-le-front-national-emportait-trois-villes-aux-municipales-aujourd-hui-retour-a-marignane_174586

14 Vgl. http://www.lejdd.fr/Politique/Marine-Le-Pen-meilleure-opposante-selon-un-sondage-634390

Demonstranten verhindern Abschiebung in Oldenburg

Demonstranten haben am Dienstag (22.10.) die Abschiebung eines Flüchtlings von der Elfenbeinküste in Oldenburg verhindert. Laut Polizeiangaben haben etwa 50 Teilnehmer der Aktion am frühen Morgen die Zufahrt zur Wohnung des 30 Jahre alten Mannes blockiert.

Polizisten und später eingetroffene Beamte der Landesaufnahmebehörde seien daraufhin wieder abgezogen, berichteten Augenzeugen. Nach Polizeiangaben verlief die Aktion friedlich. Die Beamten hätten sich zugunsten einer gewaltfreien und rechtlich klaren Lösung zurückgezogen, sagte ein Sprecher. Der Flüchtling sei in Deutschland integriert und wollte in den kommenden zwei Wochen seine deutsche Freundin heiraten, sagte seine Oldenburger Anwältin. Dennoch habe das Verwaltungsgericht einen Eilantrag gegen die Abschiebung abgelehnt. Jetzt werde eine Verfassungsbeschwerde erwogen, um den Mandanten dauerhaft vor der Abschiebung zu schützen. Dazu sagt die Stadtverwaltung: „Es besteht kein Abschiebeverbot und kein Flüchtlingsschutz. Die Abschiebung ist rechtmäßig durch das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht im Eilverfahren bestätigt worden."

Die Härtefallkommission in Niedersachsen kann sich bei ausländischen Staatsangehörigen aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen für einen legalen Aufenthalt einsetzen. Das war jedoch abgelehnt worden.

Quelle: asyl@ibis-ev.de 22.10,2013 ■

Familie Osmani ist zurück –

Polat begrüßt Korrektur der Abschiebung

Die im Februar 2013 abgeschobenen Mitglieder der Familie Osmani aus Lüchow-Dannenberg sind wieder in Deutschland.

Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin:

„Ich freue mich sehr, dass diese Abschiebung, die nicht hätte geschehen dürfen, nun endlich rückgängig gemacht wurde und die Eltern wieder mit ihren minderjährigen Kindern in Deutschland vereint sind."

„Teil des rot-grünen Paradigmenwechsels in der Flüchtlings- und Asylpolitik sind auch Korrekturen in der Abschiebungspraxis zwecks Vermeidung von Familientrennungen. Dafür ist dieser Vorgang beispielhaft."

„Es ist auch der Initiative des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius zu verdanken, dass die Wiedereinreise der abgeschobenen Mitglieder der Familie Osmani nun möglich geworden ist."

Zum Hintergrund

Frau Osmani war im Februar 2013 mit ihren zwei minderjährigen Söhnen nach 18 Jahren in Deutschland abgeschoben worden. Herr Osmani und ein minderjähriger Sohn blieben in Deutschland zurück. Die Familienangehörigen gehören der Volksgruppe der Roma an.

Innenminister Boris Pistorius hatte sich nach seinem Amtsantritt zwecks Korrektur der Abschiebung gegenüber dem Auswärtigen Amt für die Erteilung der für die Wiedereinreise erforderlichen Visa eingesetzt, damit die Familie Osmani in Deutschland wieder zusammengeführt werden kann.

Quelle: Pressemitteilung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Niedersachsen 18.10.2013 ■

Tödliche Abschottungspolitik beenden

Angesichts der mehr als 360 Toten der Bootskatastrophe vom 3. Oktober 2013 vor Lampedusa, angesichts der fast 20 000 Todesopfer an den europäischen Außengrenzen seit 1988 fordert PRO ASYL:

Europa muss seine tödliche Abschottungspolitik beenden!

Am 24. und 25. Oktober tagen die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel. Bundeskanzlerin Angela Merkel muss alles tun, was in ihrer Macht steht, um das Sterben zu beenden! Wir fordern von Angela Merkel:

Weitere Tote verhindern!

Nur legale Fluchtwege können das Massensterben beenden. Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen. Es müssen umfassende Programme zur Flüchtlingsaufnahme geschaffen werden. Menschen, die zum Beispiel vor dem syrischen Bürgerkrieg fliehen, müssen Visa zur legalen Einreise erhalten. Schutzsuchende haben das Recht auf menschenwürdige Aufnahme und faire Asylverfahren. Es darf keine Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen geben.

Seenotrettung gewährleisten!

Die EU braucht dringend ein funktionierendes Seenotrettungssystem. Sie muss all ihre Möglichkeiten nutzen, um Menschenleben zu retten. Gerettete Schutzsuchende müssen in einen sicheren europäischen Hafen gebracht werden. Frontex und Eurosur, die das Ziel haben, so genannte „illegale Einreisen" zu verhindern, sind dazu nicht geeignet.

Asylzuständigkeitssystem verändern!

Das EU-Asylsystem muss grundlegend geändert werden. Die bisherige Dublin-Regelung schiebt die Verantwortung für Flüchtlinge auf EU-Randstaaten ab, die dieser nicht nachkommen. Verweigerte Seenotrettung, illegale Push-Back-Operationen, die Inhaftierung von Asylsuchenden, unfaire Asylverfahren und das bedrückende Flüchtlingselend in vielen EU-Staaten zeigen, dass das bisherige System die Menschenrechte verletzt und versagt hat. Europa braucht eine solidarische Aufnahmeregelung, die die Bedürfnisse der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt.

Quelle: http://www.proasyl.de 16.10.2013 ■

„Rassismus kommt nicht in die Tüte"

Informationen zum Start des Ausbildungsjahres in Berlin

Die Botschaft auf dem Jutebeutel ist eindeutig: „Rassismus kommt nicht in die Tüte". 2000 dieser Beutel mit Informationsmaterial wurden zum Start des neuen Ausbildungsjahrs in Berlin an große Betriebe, an Verbände, aber auch an Einzelhändler, Kioske und kleine Geschäfte verteilt. Mit der Aktion werden Betriebe ermuntert, sich im Arbeitsalltag gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu engagieren.

Hinter der Aktion steht die Initiative „Handeln statt wegsehen". Diese wurde im Jahr 2008 vom Handelsverband Berlin-Brandenburg, dem ver.di-Bezirk Berlin und dem Deutschem Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) gegründet.

Unterstützt wird „Handeln statt wegsehen" auch vom Berliner Senat. Beim Start am 18. September 2013 am Berliner Alexanderplatz war auch Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, dabei. „Wir Demokratinnen und Demokraten müssen immer wieder deutlich machen, dass Rassismus und Menschenverachtung bei uns keinen Platz haben", erklärte sie in einer kurzen Ansprache und versicherte: „Wir werden den Rassisten und Nationalisten keinen Zentimeter dieser Stadt überlassen."

Und Dilek Kolat wurde auch handwerklich aktiv. Am Personaleingang der Galeria Kaufhof schraubte sie ein Schild an: „Handel(n) verbindet. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus haben in unserem Betrieb keinen Platz!" Ein solches Schild erhält ein Unternehmen als Auszeichnung, wenn es der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit gibt, an kostenlosen Qualifizierungsmaßnahmen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus teilzunehmen.

Darüber hinaus haben auch kleine Betriebe wie Läden, Gaststätten, Imbisse und Kioske die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Sie erhalten kostenlose Aufkle-

ber für ihre Schaufensterscheiben, die neben dem Kampagnenslogan wahlweise den Spruch „Hausverbot für Rassismus“ oder „Kaufleute gegen Rassismus“ tragen.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2013“ ■

Minister Friedrichs Sprüche widerlegt

Studie der Kommission zu Freizügigkeit und sozialen Sicherungssystemen

Heute hat die Europäische Kommission eine Studie veröffentlicht, die analysiert, welche Auswirkungen EU-Bürger/innen, die sich in einem anderen Mitgliedsland aufhalten, für die Sozialversicherungssysteme dieses Landes haben. Die Daten zeigen, dass der Anteil der nichterwerbstätigen EU-Bürger/innen, die Unterstützung bekommen, sehr gering ist. Die deutsche Bundesregierung, vertreten durch Innenminister Hans-Peter Friedrich, hatte hingegen von einem Massenphänomen gesprochen und davon, dass das Grundrecht auf Freizügigkeit in der EU eingeschränkt werden sollte. Dazu sagt Elisabeth Schroedter, Vize-Präsidentin des Beschäftigungs- und Sozialausschusses, für die Fraktion der Grünen/EFA:

„Wir Grünen begrüßen die Ergebnisse der Kommissionsstudie über den Einfluss der EU-Freizügigkeit auf die nationalen Sozialversicherungssysteme. Sie zeigt, dass der Anteil der mobilen EU-Bürger und Bürgerinnen, die in einem anderen EU-Land Arbeitslosenunterstützung bekommen, verschwindend gering ist. Über die Hälfte von ihnen hat auch zuvor in dem jeweiligen Land gearbeitet, was heißt, sie haben in die Kassen eingezahlt. Damit ist belegt, dass es das von Minister Friedrich heraufbeschworene Phänomen des Sozialhilfetourismus nicht gibt. Seine verbalen Versuche, das Grundrecht auf Freizügigkeit einzuschränken, rütteln an den Grundwerten der EU und bedienen den rechten Rand der Gesellschaft.

Die Ergebnisse der Studie haben mich nicht überrascht, denn die Rechte im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind klar definiert. Das Recht für sechs Monate in einem anderen Mitgliedstaat eine Arbeit zu suchen, ist keineswegs damit verbunden, dort in den Genuss aller Maßnahmen der sozialen Unterstützung zu kommen. Der ‚Sozialhilfetourismus‘, den Innenminister Friedrich Roma und Sinti aus Bulgarien und Rumänien vorwirft, ist daher rein rechtlich gar nicht möglich. Ich finde, es steht der deutschen Bundesregierung und einer Kanzlerin, die Europa auf ihre Fahnen geschrieben hat, nicht gut zu Gesicht, das Zusammenleben in der Union mit derartigen rechtspopulistischen Sprüchen so empfindlich zu stören.“

Quelle: Pressemitteilung ELISABETH SCHROEDTER, MdEP – Brüssel, 14. Oktober 2013 ■

Tear down this wall – Schleift die Festung Europa!

An den südlichen Grenzen Europas, aber nicht nur an jenen, sterben Menschen. In diesem und dem vorigen Jahr allein forderte die Festung Europa mindestens 460 Opfer. Die Flüchtlinge fliehen aus Staaten, in denen Willkür, Gewalt und Unterdrückung herrschen, sie fliehen aus Ländern, deren staatliche Integrität zerschlagen wurde, aus Bürgerkriegsgebieten und Diktaturen. Sie fliehen vor Hunger, Not und Armut.

Sie fliehen aus Regionen, in denen der europäische Kolonialismus geherrscht hat, und sie fliehen vor den Nachwirkungen dieses Kolonialismus ebenso wie vor den Resultaten aktueller Interventionspolitik.

Sie fliehen zu uns.

Sie fliehen nicht leichtfertig, sie fliehen nicht aus milden Gründen. Sie sind keine Wirtschaftsflüchtlinge: Sie fliehen den persönlichen, ganz individuellen Untergang.

Sie fliehen, weil es keinen anderen Ausweg für sie gibt.

Europas Nationen, die nun armen wie die reichen, haben Afrika und Asien, Südamerika und Ozeanien ausgebeutet, haben sich über Jahrhunderte an den Produkten und an der Arbeitskraft der oftmals versklavten Einwohner bereichert. Unbarmherzig und unmenschlich wurden Strukturen zerschlagen und Grenzen gezogen, Traditionen beseitigt und die Reichtümer der Regionen geplündert. Unsere koloniale Geschichte, deren Früchte noch immer Teil des europäischen Reichtums sind, verlangen von uns Demut und nicht chauvinistische Abschottung.

Nicht das europäische Grenzregime mit seinen Schnellboten und Drohnen, mit Nachtsichtgeräten, Hubschaubern und Hundestaffeln darf die Antwort auf den Andrang der Flüchtenden sein. Nicht stacheldrahtumzäunte Lager dürfen das europäische Heim der Fliehenden werden. Nicht Arbeitsverbote, verordnete Armut und Abschottung sollen das Leben der Menschen verengen, die auf unsere Hilfe hoffen. Im Gegenteil: wir sollten sie als Freunde und Partner betrachten.

Die Innenminister der europäischen Mitgliedstaaten blockieren seit Jahren ein gemeinsames europäisches Asylrecht, aus Angst vor den nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien in ihren Ländern.

Europarecht muss grundsätzlich auf Menschenrechten basieren – nationale Ängste und Befindlichkeiten dürfen nicht benutzt werden, um Europas Konzernen ihre profitable Müllkippe zu erhalten!

Europa braucht eine humanitäre und humanistische Flüchtlingspolitik.

Zugleich brauchen die Bewohner der Länder, aus denen so viele fliehen, Hilfen, die nicht die einheimische Ökonomie zerschlagen, nicht die dortige Landwirtschaft vernichten und nicht der Herrschaft von Warlords und Clans Vorschub leisten.

Wir, Schriftsteller und Künstler, fordern die Gremien der Europäischen Union auf:

Schafft ein humanitäres Flüchtlingsrecht

Schafft ein menschliches Asylrecht

Schafft die Dublin-II-Verordnung ab

Begreift: Kein Mensch ist illegal

Beendet das Sterben

Quelle: mail@change.org 20.10.2013 ■

Abschiebungshaft in Bayern vor dem Aus

Landgericht München kritisiert bisherige Praxis – Bundesweite Folgen erwartet

Abschiebungshaft in Bayern in ihrer jetzigen Form steht vor dem Aus. Das Landgericht München II hat einen eritreischen Flüchtling, der nach Italien zurückgeschoben werden soll, gestern freigelassen: Denn in seiner Inhaftierung in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim sahen die Richter einen Verstoß gegen EU-Recht. Dieses schreibt vor, dass Ausländer, die abgeschoben werden sollen, nicht gemeinsam mit Strafgefangenen festgehalten werden dürfen.

„Diese Entscheidung ist ein Durchbruch für Flüchtlinge und Migranten, die sich ja keiner Straftat schuldig gemacht haben und trotzdem wie Kriminelle behandelt werden“, sagt Dieter Müller SJ, Seelsorger beim Jesuiten-Flüchtlingsdienst in München. Er rechnet mit weiteren Entlassungen in den nächsten Tagen. „Wir haben in den letzten Wochen etwa 35 vergleichbare Fälle an Anwälte vermittelt.“ In einem weiteren Verfahren hat der Bundesgerichtshof bereits die einstweilige Freilassung eines Flüchtlings angeordnet.

Auf die Rechtswidrigkeit der Praxis in Bayern und in vielen anderen Bundesländern weist der Jesuiten-Flüchtlingsdienst seit 2010 hin. Damals trat eine EU-Richtlinie in Kraft, die Mindeststandards für den Umgang mit Ausreisepflichtigen regelt. Diese sogenannte Rückführungsrichtlinie bestimmt, dass Abschiebungsgefangene grundsätzlich in speziellen

Einrichtungen untergebracht werden sollen. Eine Inhaftierung in normalen Gefängnissen ist nur dann erlaubt, wenn ein Mitgliedstaat nicht über solche Einrichtungen verfügt. „Als Seelsorger stellen wir immer wieder fest, wie stark die Betroffenen unter der Stigmatisierung leiden, wie Verbrecher behandelt zu werden“, so Müller.

Deutschland verfügt nur über wenige gesonderte Abschiebungshaftanstalten, so in Berlin, Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Die Richtlinie wird jedoch bisher so ausgelegt, dass jedes Bundesland eigenständig entscheidet, wie es Abschiebungshaft praktiziert. An dieser Auslegung hatte der Bundesgerichtshof im Juli erhebliche Zweifel geäußert und die Frage dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgelegt. „Zwar steht das Urteil noch aus, aber die Bundesländer müssen jetzt schon reagieren“, fordert Heiko Habbe, Jurist beim Jesuiten-Flüchtlingsdienst. „Die rechtswidrige Haft in normalen Gefängnissen muss beendet werden. Stattdessen müssen die Bundesländer endlich Alternativen für die Unterbringung entwickeln, die ohne Freiheitsentzug auskommen.“

Mehrere tausend Menschen werden bundesweit jährlich in Abschiebungshaft genommen, weil sie Deutschland verlassen müssen. Nach Schätzungen von Seelsorgern und Beratern in der Abschiebungshaft sind 60 bis 80 Prozent der Betroffenen Asylsuchende, bei denen noch nicht entschieden ist, ob Deutschland oder ein anderer EU-Staat für ihren Asylantrag zuständig ist. „Diese Menschen suchen Schutz in Europa, und wir sperren sie ein“, kritisiert Habbe.

Quelle: www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de, 18.10.2013 ■

„Der KULT"-Fußballturnier – Zeichen für eine Welt ohne Menschenverachtung

Am Samstag, den 19. Oktober 2013 war alles anders. Das „Der KULT“-Indoor Soccer setzte ein starkes Zeichen. 24 Mannschaften spielten für eine Welt ohne Menschenverachtung. Eingeladen war auch der „FC Lampedusa“ aus Hamburg. Eine Mannschaft die aus den von den Medien so genannten „Lampedusa Flüchtlingen“ besteht. 80 Menschen verharren seit Wochen in der Kirche St. Pauli und werden von der dortigen Gemeinde herzlich aufgenommen. In den letzten Wochen gab es auf Anordnung des Hamburger Senats vermehrt Kontrollen und Zugriffe der Polizei Hamburg.

Beim „Der KULT“ hatte sich auch eine Mannschaft der „Betriebsportgruppe der Polizei e.V. v. 1972″ angemeldet. Aufgrund der harten Maßnahmen des Senats gegen die auf St. Pauli geschützten Flüchtlinge, hatte der „FC Lampedusa“ das Turnier abgesagt. Hier ging es nicht um die Mannschaft der Polizei allein, sondern um die Angst auf dem Wege zu unserem Turnier von der Polizei kontrolliert und in Gewahrsam genommen zu werden. Der Senat scheint unerbittlich zu versuchen, die Menschen die so viel erlitten, mit allen Mitteln abschieben zu wollen. Eine unerträgliche Situation für die Stadt, aber auch für so manch Polizeibeamten, der die Anordnung des Zugriffs die durch den Senat erfolgt ist, nicht nachvollziehen kann.

Die Bürgerinitiative, die Moschee und die Stadt Glinde hatten vor einigen Wochen ebenfalls zwölf der in Hamburg gestrandeten „Lampedusa Flüchtlinge“ aufgenommen. Beispielhaft wurde ihnen in der kleinen Stadt bei Hamburg Schutz gewährt. Inzwischen sind diese mit Papieren ausgestattet und erhalten endlich Hilfe, auch vom Staat, vor Ort. Ein tolles Beispiel für Menschlichkeit. Eben diese Glinder, die zusammen mit den anderen 300 Flüchtlingen nach Hamburg kamen, konnten ohne Bedenken an unserem Turnier teilnehmen. Wir riefen die Teilnehmermannschaften zu Sachspenden auf. Die Glinder verzichteten zugunsten der Hamburger Flüchtlinge auf St. Pauli auf ihren Anteil

Die Mannschaft der Polizei hatte im Vorwege bereits erklärt, dass sie die Absage des „FC Lampedusa“ mehr als bedauert, da die Mitspieler sehr gerne einen anderen Dialog mit den Hamburger Flüchtlingen führen wollten. Sie war enttäuscht, weil sie sicherlich zeigen wollte, dass eben die Mehrzahl der Beamten auf der Straße nicht wirklich die Maßnahmen des Senates begrüßen. Da gab es ja bereits auch schon Meldungen, dass nach Bekanntwerden der Einsätze gegen die Hamburger Flüchtlinge, Krankschreibungen bei der Polizei stiegen und sich deutlich erhöhten.

Beim „Der KULT“ näherten sich Polizei und Flüchtlinge nicht nur an. Das Foto zeigt eine herzliche Zusammenkunft beider Mannschaften. Zudem tauschte man sich aus, darüber dass eben nicht alle Polizeibeamten rassistisch agieren. Das haben wir auch bei unserem Turnier gelernt. Es gab keinerlei Berührungsängste. Die Mannschaft der Polizei spendete ihre 10 FC St. Pauli Karten, die von der DFL (Bundesliga) gestiftet wurden an die „Lampedusa Flüchtlinge“ in Hamburg. Mehr als ein Zeichen, finden wir.

Wir danken allen Sponsoren, Partnern und vor Allem den teilnehmenden Mannschaften für ein wahnsinnig aufregenden Tag des Fußballs, bei dem die Menschen, die hier bei uns Zuflucht suchen und unser Leben mit gestalten wollen, im Mittelpunkt standen. Obwohl die „Gäste Glindes“ (so der Name der aus Lampedusa-Flüchtlingen bestehende Mannschaft) sportlich nicht erfolgreich waren, wurden sie von den anwesenden ca. 200 Fußballern gefeiert. Auch die Polizeibeamten gaben „Standing Ovations“ bei der Verabschiedung der Mannschaft nach einem aufregenden Turniertag.

Wir machen weiter und hoffen, dass der Hamburger Senat endlich von den Glindern lernt. „Humanitäre Hilfe ist hier wichtig“, so das Zitat eines Spielers aus der Polizeimannschaft.

Wir danken ganz besonders dem FC St. Pauli mit dem Projekt „Kiezhelden“, der uns öffentlich unterstützte.

Quelle: www.lautgegennazis.de 21.10.2013 ■

Stoppt das Sterben im Mittelmeer! Flüchtlinge willkommen!

Einladung zur Demonstration gegen die Flüchtlingspolitik von EU, Bund, Ländern.

Die Flüchtlingsräte der Bundesrepublik unterstützen den Offenen Brief der Lampedusa-Flüchtlinge an den Hamburger Oberbürgermeister Olaf Scholz und rufen zur Teilnahme an der Großdemonstration gegen die Flüchtlings- und Asylpolitik von EU, Bund und Ländern am 2. November 2013 in Hamburg auf.

Wir sind erschüttert über das andauernde Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer und verstört angesichts der Ignoranz der europäischen Innenminister, die ungerührt von dem Leid der Flüchtlinge ihre Agenda des Ausbaus der Festung Europa fortsetzen. Um die 19 000 Flüchtlinge haben in den letzten 25 Jahren ihr Leben bei dem Versuch verloren, die Festung Europa zu überwinden – die meisten im Mittelmeer.. Die Flüchtlinge machen sich in kleinen, seeuntauglichen Booten auf die Flucht nach Europa und geraten oft in Seenot, ohne rechtzeitig Hilfe zu erhalten. Bei den jüngsten, mit Krokodilstränen seitens der nationalen und europäischen Politprominenz quittierten Schiffskatastrophen vor Lampedusa handelte es sich nicht um „tragische Unglücke“. Es handelt sich um die Folgen einer Politik, die alles daran setzt, die Flucht von Menschen nach Europa mit polizeilich-militärischen Mitteln zu verhindern. Allenthalben setzt jetzt wieder das Lamento ein über die „Schlepper“, die die Menschen angeblich in ihr Unglück gelockt hätten. Die „Schlepper“ sind jedoch nur Symptom der Abschottungspolitik – sie sind nicht die Ursache für deren tödliche Folgen. Solange Europa Zäune baut, Flüchtlingsboote abdrängt und keine legalen Zugänge für Flüchtlinge nach Europa schafft, wird es weitere Tote im Mittelmeer geben.

Am Samstag, 02. November 2013 um 14 Uhr wollen wir vom Hachmannplatz (am Hbf Hamburg) ausgehend unsere Empörung über die europäische Flüchtlingspolitik zum Ausdruck zu bringen – und gleichzeitig Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen, die es allen Widrigkeiten



zum Trotz geschafft haben, nach Deutschland zu fliehen: Wer Schutz sucht, ist willkommen!

„Willkommen“ heißt: Tatsächliche Chancen auf Teilhabe und Partizipation erhalten.

Dies gilt auch für die Lampedusa-Flüchtlinge, die in Hamburg- u.a. in Kirchen und Moscheen, aber auch in anderen Städten Zuflucht suchen. Sie sind in Italien zwar anerkannt worden, erhalten dort aber keine Existenzmöglichkeiten. Hier stoßen sie auf eine Politik, die ihnen einzig die Rückkehr nach Italien androht. Diese Politik verstößt gegen das Recht der Flüchtlinge auf ein Leben in Würde!

Inzwischen entscheiden deutsche Verwaltungsgerichte[3] in mehr als 270 Fällen, dass eine Rückkehr nach Italien Flüchtlingen nicht zumutbar ist. Der Braunschweiger Verwaltungsrichter Bartsch sagte dem NDR mit Blick auf Italien: „Gemeinsame EU-weite Mindeststandards für die Behandlung von Asylbewerbern sind eine Illusion. Das europäische Asylsystem erodiert.“[4]. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe zeigt in einem aktuellen Gutachten, dass Rückkehrer_innen nach Italien in Obdachlosigkeit enden, und führt dies auf „systemische Defizite“ zurück[5]. Doch die Flüchtlinge werden zwischen den europäischen Staaten hin- und hergeschoben, anstatt angemessene Hilfe, geschweige denn den gesuchten Schutz zu erhalten.

Wir fordern politische Konsequenzen auf allen Ebenen.

Wir fordern den Hamburger Senat auf, die hartherzige Position aufzugeben und endlich humanitär zu handeln:

Für die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg fordern wir ein humanitäres Bleiberecht

Die Menschenwürde ist unteilbar! Die Flüchtlinge in Hamburg haben einen Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung und Versorgung!

Kein racial profiling! Obergerichtlich wurde entschieden, dass Polizeikontrollen anhand der Hautfarbe oder sonstiger äußerlicher Merkmale unzulässig sind! Die Hamburger Polizei muss sich daran halten und derartige Kontrolle unterlassen!

Die neue Bundesregierung fordern wir auf, in Deutschland und auf EU-Ebene für folgende zentrale Änderungen einzutreten:

Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen. Dies muss durch ein verändertes Visaregime geschehen, das Schutzsuchenden die legale Einreise ermöglicht. Zudem kann Europa durch die proaktive Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Verfahren Flüchtlingen die gefährliche Überfahrt ersparen. Die zugesagten Plätze für 5000 Syrer sind angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingskrise bei weitem nicht genug.

Die Verfolgung und Abdrängung von Flüchtlingsbooten durch die europäische Grenzschutzagentur „Frontex“ und nationale Küstenwachen muss sofort beendet werden. Bootsflüchtlinge, die auf Hoher See angetroffen werden, müssen in den nächsten sicheren Hafen der EU gebracht werden. Statt Frontex hochzurüsten, müssen die maritimen Such- und Rettungsdiensten ausgebaut werden.

Fischer, sonstige Kapitäne von Handelsschiffen und sonstigen Schiffen müssen zur Seenotrettung von Flüchtlingen aufgefordert und unterstützt statt mit Strafverfahren wegen „Fluchthilfe“ überzogen werden, wenn sie Flüchtlinge an die europäischen Küsten bringen

Das europäische Zuständigkeitssystem (Dublin-Verordnung) muss grundlegend verändert werden. Flüchtlinge sollten dorthin gehen dürfen, wo sie ein menschenwürdiges Leben und faire Asylverfahren erwarten können.

Nach Erteilung eines Schutzstatus müssen Flüchtlinge sich in jedem EU-Land niederlassen dürfen (EU-weite Freizügigkeit).

gez. Flüchtlingsräte in allen Bundesländern und die Bundesweite AG für Flüchtlinge PRO ASYL e.V. / Gemeinsame Presseerklärung der Flüchtlingsräte und von PRO ASYL

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen, www.nds-fluerat.org 21.10.2013 ■

Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren

Am gestrigen Samstag trafen sich in Büren gut 500 Menschen, um unter dem Motto Abschiebung tötet gegen den Abschiebeknast in Büren zu demonstrieren.

Der Abschiebeknast ist mit einer Kapazität von 384 Plätzen das größte Abschiebegefängnis der BRD. In ihm werden Männer, Frauen und auch minderjährige Jugendliche, deren Volljährigkeit festgesetzt wurde, eingesperrt. Bei der Auftaktkundgebung am Marktplatz wurden die Bewohner_innen der Stadt an die vor 20 Jahren getroffene Entscheidung, die ehemalige NATO-Kaserne in ein Gefängnis, statt in eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber_innen umzubauen, erinnert. Unter anderem gab es zur Auftaktkundgebung einen Redebeitrag von einem ehemaligen Gefangenen, der drei Monate in der JVA eingesperrt war, bevor er nach Marokko abgeschoben wurde. Er machte darauf aufmerksam, dass nicht nur Flüchtlinge in der JVA eingesperrt sind, sondern im Prinzip jede_r Ausländer_in in Abschiebehaft genommen werden kann. Er selber war Student und als die Ausländerbehörde meinte, sein Studium würde nicht schnell genug verlaufen, hat sie ihn in Abschiebehaft genommen.

Danach zogen die Demonstrant_innen mit lautstarken Forderungen wie „kein Mensch ist illegal, Bleiberecht überall“ und „no border, no nation, stop deportation“ durch die ansonsten menschenleere Innenstadt. Lediglich einige Anwohner_innen beobachteten stumm von ihren Fenstern aus den Demonstrationszug. …

Nach einer weiteren Kundgebung fuhren die Aktivist_innen in mehreren Reisebussen und PKWs zu dem 8 km entfernten, mitten im Wald liegenden Abschiebeknast, um die Demonstration fortzusetzen. Vor dem Abschiebeknast wurden in verschiedenen Sprachen Grußworte an die Inhaftierten verlesen und sich mit ihnen solidarisch erklärt. Wütend und in einer nicht gewohnten Lautstärke wurden die Schließung des Abschiebeknasts, Bewegungsfreiheit und Bleiberecht gefordert. Auch konnten sich die Polizist_innen, die den Abschiebeknast bewachten, Denkanregungen zu der Ausübung ihrer Tätigkeit anhören.

Während der Demonstration erfolgten sowohl musikalische als auch Redebeiträge. Es gab Redebeiträge zu der Situation und den Bedingungen von sich in Abschiebehaft Befindenden und zu einer allgemeinen Knastkritik. So hieß es, dass die Inhaftierung von Menschen immer auch eine Beraubung der Würde und Identität bedeutet. Die Redebeiträge richteten sich nicht nur gegen eine Politik, die Menschen wegsperrt und abschiebt, sondern auch gegen eine Politik die Menschen gar nicht erst in die Festung Europa einreisen lässt. Mit einer Schweigeminute wurde den ertrunkenen Flüchtlingen vor Lampedusa gedacht. Und in einem Redebeitrag hieß es: „Die Toten vor Lampedusa sind kein italienisches Problem, sondern Opfer der allgemeinen europäischen

Politik, die immer mehr auf Abschottung setzt". Auch wurde die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex gefordert, bei der auch deutsche Polizist_innen bei Mittelmeereinsetzen aktiv sind.

Die Demonstration findet seit dem es den Abschiebeknast gibt jährlich statt. Seit langem waren nicht mehr so viele Menschen angereist, um auf die Situation der Weggesperrten aufmerksam zu machen und die Schließung des Abschiebeknasts und Bleiberecht zu fordern. Anscheinend hatte die Polizei nicht mit einer so großen Anzahl an Demonstrierenden gerechnet, so dass sie im Vergleich zu anderen Jahren auffällig wenig Präsenz zeigte und sich zurück hielt.

Der, für Büren, große Mobilisierungserfolg von über 500 Menschen zeigt, dass sich immer mehr Menschen gegen eine rassistische Abschiebepolitik stellen. …

Quelle: http://de.indymedia.org 20.10.2013 ■

Die Tragödie von Lampedusa

Die in ver.di organisierten Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte unterstützen die nachfolgend genannte MEDEL-Resolution und fordern angesichts der sich immer fort wiederholenden Flüchtlingstragödie vor dem Mittelinsel Lampedusa ebenfalls ein neues Einwanderungsrecht. Die EU und die Weltengemeinschaft müssen endlich reagieren!

MEDEL ist eine fortschrittliche europäische Richter- und Staatsanwälteorganisation, der ver.di als Mitglied angehört. Die Resolution wurde in allen Sprachen der Mitgliedsorganisationen übersetzt.

Über sie wurde im europäischen Ausland in verschiedenen Print- und TV-Medien berichtet.

Pressemitteilung vom 10.10.2013 ■

MEDEL fordert neues Einwanderungsrecht

Die EU und die Weltgemeinschaft müssen auf die Tragödie an der Küste vor Lampedusa reagieren

In dieser Woche ist Europa Zeuge einer Tragödie geworden, die sich wenige Meter vor der Küste von Lampedusa ereignet hat.

Es handelte sich um ein weiteres Kapitel der kontinuierlichen verzweifelten Anstrengungen von Menschen, die häufig in ihren Heimatländern keine Existenzgrundlage haben oder deren Menschenrechte dort nicht geachtet werden, und die in Europa einen Ort sehen, wo sie arbeiten und leben können, in der schlichten Hoffnung, ihren Familien eine normale und wirtschaftlich sichere Zukunft zu sichern.

Die Hoffnungen und Träume tausender dieser Männer und Frauen enden häufig in der Hand von Menschenhändlern, die das gescheiterte Leben verzweifelter Flüchtlinge ausnutzen, um ein Vermögen anzuhäufen.

Europa darf sich angesichts der fortdauernden Tragöde nicht darauf zurückziehen, dem lediglich tatenlos zuzuschauen.

Es war in Europa, wo erstmals Menschenrechte von der Staatsbürgerschaft losgelöst wurden, indem ausdrücklich jedem Menschen, unabhängig von dessen oder deren Staatsangehörigkeit, verbindliche Grundrechte zuerkannt wurden.

In der Präambel der Grundrechtecharta der Europäischen Union haben die europäischen Staaten ausdrücklich erklärt, dass die Union sich „gründet […] auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität" und dass die „Ausübung dieser Rechte […] mit Verantwortlichkeiten und Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft und den künftigen Generationen verbunden" ist.

Es ist an der Zeit, dass die Europäische Union unter Beweis stellt, dass dies nicht leere Worte sind. Tausende Menschen leiden vor den Toren Europas und wir dürfen insoweit nicht untätig bleiben.

Der Tod von Flüchtlingen, die versuchen, die EU zu erreichen, ist die unmittelbare Folge der Politik, Europa gegen Flüchtlinge und Immigranten abzuschotten. Diesem Problem ernstlich entgegen zu treten, dürfte eine sehr grundlegende Reform dieser Politik erfordern.

Das Ziel der europäischen Ausländerpolitik sollte nicht ausschließlich Sicherheit sein, sondern auch – und vor allem – Humanität.

Das erfordert grundlegende Änderungen des Einwanderungs- und Flüchtlingsrechts. Unter anderem ist es erforderlich, Flüchtlingen zu helfen, Europa zu erreichen, und dies nicht nur durch sichere Schiffspassage über das Mittelmeer. Weiterhin bedarf es Maßnahmen um sicherzustellen, dass Flüchtlinge Zugang zu derjenigen Bildung und Ausbildung haben, die erforderlich ist, um sie in die europäischen Hochtechnologiegesellschaften und ihre Arbeitsmärkte zu integrieren, damit die Flüchtlinge nicht ausschließlich auf staatliche Fürsorge angewiesen sind.

Die sich daran anschließende Herausforderung der Integration muss und kann von gemeinsamen Bemühungen aller zivilisierter Staaten der Welt bewältigt werden. Diese müssen von aktiver Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern und wirksamer Bekämpfung aller Arten des Menschenhandels begleitet werden.

Mit der Zielsetzung, die Achtung der Menschenwürde ohne Diskriminierung nach Rasse, Volks- oder Staatsangehörigkeit zu unterstützen, fordert MEDEL die EU-Institutionen sowie die Mitgliedstaaten auf, sofort zu handeln und klare und gerechte Einwanderungsvorschriften zu entwickeln, damit keine weiteren Tragödien wie diejenige von Lampedusa geschehen.

Quelle: https://bund-laender.verdi.de ■

Rechtshilfefonds für Optionspflichtige

In diesem Jahr läuft für den ersten Jahrgang (1990) der Doppelstaatler, die unter die umstrittene staatsbürgerschaftsrechtliche Optionsregelung fallen, die Frist ab, in der sie sich für eine ihrer beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen. Mehrere Organisationen haben einen Rechtshilfefonds zur Unterstützung von optionspflichtigen Kindern ausländischer Eltern eingerichtet. Dass die sogenannte Optionsregelung aus menschenrechtlicher Perspektive in mehrfacher Hinsicht höchst problematisch ist, belegt eine aktuelle Studie.

Wollen die von der Optionspflicht Betroffenen ihren deutschen Pass behalten, müssen sie sich bis zum 23. Lebensjahr explizit gegen ihre weitere Staatsangehörigkeit aussprechen. Andernfalls wird ihnen ihre deutsche Staatsbürgerschaft automatisch entzogen. …

Rechtshilfefonds:

Betroffene, die sich gegen die entsprechenden Verwaltungsbeschlüsse juristisch zur Wehr setzen, können seit Juni dieses Jahres finanzielle Unterstützung für die Verfahrenskosten erhalten. Der unter der Verwaltung des Interkulturellen Rates gemeinsam mit der IG Metall, der Bertelsmann Stiftung, der Evangelischen Kirche und dem Diakonischen Werk in Hessen und Nassau sowie der Open Society Justice Initiative eingerichtete Rechtshilfefonds finanziert ab sofort die anwaltliche Vertretung Betroffener in vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren sowie in verwaltungsgerichtlichen Prozessen. Bedingung ist, dass diese Verfahren von besonderer Bedeutung für die grundsätzliche Klärung der rechtlichen Unsicherheiten der Regelung sind. Antragsberechtigt sind die Anwälte der Kläger, wobei die Anträge formgebunden an die Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates zu richten sind. Kosten von bis zu 800 Euro können pauschal, darüber hinausgehende Beträge mit Begründung beantragt werden.

Studie zur Optionspflicht:

Anfang September legte das Deutsche Institut für Menschenrechte zusammen mit dem MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam eine rechtswissenschaftliche Studie zur völkerrechtlichen, europarechtlichen und verfassungsrechtlichen Bewertung der sogenannten Optionsregelung vor. Die Studie „Deutsche zweiter Klasse? Eine verfassungs-, europa- und völkerrechtliche Analyse der Optionsregelung nach §§ 29/40b Staatsangehörigkeitsgesetz" macht deutlich, dass →

Neofaschismus in Deutschland

Eine Ausstellung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (VVN–BdA), mit Unterstützung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Landesbezirk Nord

Was diese Ausstellung will

In der Bundesrepublik werden Menschen beschimpft, bedroht, zu Tode getreten oder bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie als Fremde oder Andersdenkende gehasst werden – über 100 Todesopfer hat die neofaschistische Gewalt seit 1990 bereits gefordert. Geht hier die jahrelange Saat von Alt- und Neofaschisten auf? Können diese Ereignisse mit denen aus der NSZeit verglichen werden? Haben die Ausbreitung rassistischen Denkens und die daraus erwachsende Gewalt heute ganz andere Gründe als damals? Die Ausstellung will dazu beitragen, dass diese Bilder nicht auf Dauer zum deutschen Alltag gehören. Sie informiert über Ideologie und Praxis des Neofaschismus und benennt Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns.

Die Begriffe „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“ usw. unterstellen, dass es sich um eine politische Randerscheinung unter vielen handelt. Wir verwenden den Begriff „Neofaschismus“, um deutlich zu machen, dass sich diese politische Bewegung weder in ihren Zielen noch in ihren Methoden und deren Auswirkungen ihrem Wesen nach von ihrem historischen Vorbild unterscheidet.

Ausstellungs-Termine

Bremen-Blumenthal
8.11.2013 – 13.11.2013
„Neofaschismus in Deutschland“
Freitag, 8. November 2013 – Mittwoch, 13. November 2013
Schulzentrum Eggestedter Straße, Bremen Blumenthal
Veranstalter:
Schulzentrum Eggestedter Straße, Bremen Blumenthal

Weimar
8.11.2013 – 15.11.2013
„Neofaschismus in Deutschland“
Freitag, 8. November 2013 – Freitag, 15. November 2013
Humboldt-Gymnasium Weimar
Veranstalter:
Humboldt-Gymnasium Weimar



---

die Optionspflicht in mehrfacher Hinsicht höchst problematisch ist. Völkerrechtlich spreche entgegen der oft geäußerten Meinung nichts gegen die Herbeiführung doppelter oder mehrfacher Staatsangehörigkeiten Europarechtlich sei bedenklich, dass den Betroffenen mit dem eventuellen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auch ihre Unionsbürgerschaft entzogen wird, was einem Eingriff in den Kernbereich der Unionsbürgerschaft gleichkomme. Auch verfassungsrechtlich bewerten die Autoren die Optionsregelung als problematisch, da sie in bestimmten Fallkonstellationen gegen das im Grundgesetz verankerte Verbot des Entzugs der Staatsbürgerschaft (Art. 16 Abs. 1 S.1 GG) verstößt. Unzulässig sei auch die Anknüpfung der Staatsbürgerschaft an die Abstammung (Art. 3 Abs. 3 S.1 GG). Die Tatsache, dass die Staatsbürgerschaft der optionspflichtigen Doppelstaatler auf dem Geburtsort („jus soli“-Deutsche) und nicht wie bei der deutschen Mehrheitsbevölkerung auf der Abstammung („jus sanguinis“-Deutsche) basiert, rechtfertige nicht die bestehende Ungleichbehandlung.

Eine Differenzierung in Deutsche erster und zweiter Klasse sei auch menschenrechtlich nicht hinnehmbar. Darüber hinaus habe das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Übereinstimmung der auf Dauer in Deutschland lebenden Bevölkerung und des Staatsvolks im Sinne des Grundgesetzes anzustreben sei.

Da das wahlberechtigte Staatsvolk in Deutschland traditionell als „deutsches Staatsvolk“ aufgefasst wird, sollen auch möglichst viele hier lebende Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Deutschen Staatsbürgern ihre Staatsangehörigkeit zu entziehen, würde das Gegenteil bewirken.

Aus den genannten Gründen erhoffen sich die Autoren die Abschaffung der Optionspflicht durch den neuen Deutschen Bundestag.

Weitere Informationen: www.institut-fuer-menschenrechte.de

Quelle: http://www.migration-info.de Oktober 2013 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

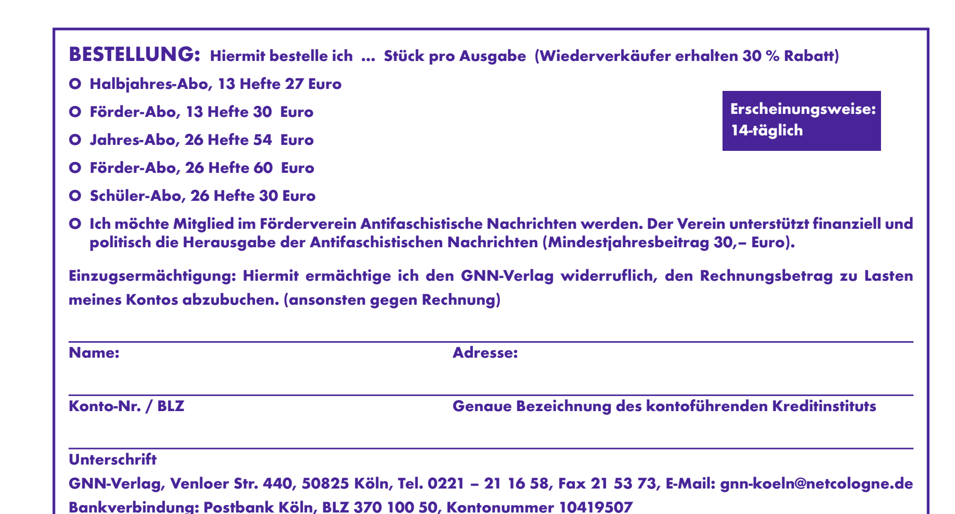
Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die AfD vor der Europawahl

Junge Freiheit Nr. 42, 43, 44
vom 11., 18., 25. Oktober 2013

Chefredakteur Dieter Stein sieht die Alternative für Deutschland vor einer Zerreißprobe: „Parteisprecher Bernd Lucke sah sich in der vergangenen Woche mit einer Presseerklärung konfrontiert, die islamkritische Kleinpartei Die Freiheit empfehle ihren Mitgliedern die Unterstützung der AfD und verzichte auf künftige Wahlteilnahmen. Ein Bärendienst für eine Partei, die darum bemüht ist, sich nicht einseitig rechts neben der CDU zu positionieren. Luckes Distanzierung war erklärlich, stieß aber viele engagierte Mitglieder vor den Kopf, die einmal in der Freiheit gewesen waren und sich schon vor Monaten der AfD angeschlossen hatten. Die AfD muss in Ruhe ihre programmatische Verbreiterung vorantreiben. Als reine Ein-Themen-Partei hat sie keine Zukunft. Am wichtigsten wird es jedoch sein, Geschlossenheit zu bewahren und sich nicht in sektiererischen Richtungskämpfen zu verschleißen …“ In der nächsten Ausgabe berichtet das Blatt über geplante organisatorische Reformen – so sollen die drei gleichberechtigten Sprecher von einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern abgelöst werden, ein hauptamtlicher Geschäftsführer soll her, die Geschäftsstelle in Berlin solle arbeitsfähig werden. Der Streit um die ehemaligen Mitglieder der Freiheit schwelt aber nach wie vor: „So war die von Lucke in einer Pressemitteilung verkündete Entscheidung von anderen Mitgliedern des Vorstandes mit dem Verweis auf die Bestimmungen der Satzung aus formalen Gründen zurückgewiesen worden. Erst eine gemeinsame Erklärung aller Sprecher, in der auf einen bereits bestehenden Beschluss des Vorstandes zur Aufnahmepraxis verwiesen wurde, konnte die Einheit der Führung wiederherstellen und den Autoritätsverlust Luckes in Grenzen halten. In der Ausgabe 44 wird nur darüber berichtet, dass Bernd Lucke sich für die Europawahl von der Universität Hamburg beurlauben ließ – er plant anscheinend die Spitzenkandidatur zum Europaparlament.



Schamlose Hetze gegen Flüchtlinge und Wanderarbeiter

Junge Freiheit Nr. 42 und 43
vom 11./18. Oktober 2013

Der Tod von fast 400 Flüchtlingen vor der italienischen Küste ist für das Blatt Anlass, ganz eigene, menschenfeindliche Forderungen zur Flüchtlingspolitik aufzustellen – dem Blatt geht es darum, die Zahl der Flüchtlinge klein zu halten und kommt zu der Schlussfolgerung: „Wollte man die Wahrscheinlichkeit von Tragödien wie des jüngsten Schiffsuntergangs vor Lampedusa tatsächlich verringern, müsste man den entgegengesetzten Weg gehen: Asylgesetze verschärfen, Leistungen reduzieren, Verfahren beschleunigen, Ausnahmetatbestände und Abschiebehindernisse streichen, Abschiebungen konsequent durchsetzen, um das klare Signal zu geben: Es lohnt sich nicht.“ Eine Ausgabe weiter geht das Blatt soweit, den Flüchtlingen die Schuld zu geben: „Unter dem emotionalen und moralischen Druck, der mit den Schreckensbildern der geborgenen Toten aufgebaut wird, wird schon die nüchterne Feststellung, dass illegale Einwanderung Rechtsbruch ist und die Verantwortung für die Folgen bei dem liegt, der ihn begeht, und nicht bei dem, der ihn nicht zulassen will, als verwerflich abgestempelt. Ähnlich menschenverachtend hat die Regierung der DDR ihr Vorgehen gegen Flüchtlinge an Mauer und Grenze verteidigt – die Zahl der Menschen, die dem DDR-Grenzregime zum Opfer fielen, liegt in den 40 Jahren bis 1989 unter 150. Damals war das Argument der DDR verwerflich. Das Blatt misst mit zweierlei Maß, Afrikaner dürfen ertrinken, sie seien selbst schuld. Ohnehin seien die Flüchtlinge vor allem wirtschaftlich interessiert, von politischer Verfolgung könne keine Rede sein. Deshalb kann das Blatt Flüchtlinge und Wanderarbeiter mühelos in einen Topf werfen – im Rest des Artikels ist von Rumänen und Bulgaren die Rede, deren Zuzug längst „die kritische Grenze“ überschritten habe. Kein Wort über die Hungerlöhne und Wuchermieten, die diese Wanderarbeiter auf sich nehmen, kein Wort über die Profiteure dieser Wanderarbeit.

uld ■